

Ostland

Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gespaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 37.

Berlin, 14. September 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: S. 433: Die Nervenprobe. — S. 434: Deutschland, Polen und Genf. — S. 435: Noch einmal: Baltischer Selbstmord. — Die Unterdrückung des Memellandes. — S. 436: Staatspräsident Smetona 60 Jahre alt. — S. 437: Das ausländische Aktienkapital in Polen. — Ostlandsgebiet Deuthen — Giewitz — Sindenburg. — S. 438: Ostland-Woche. — S. 441: Die Polen in Deutschland. — System und Bewegung im baltischen Deutschland. — S. 442: Die majestätische Flotte 1914. — S. 443: Der Schuttlammerad des Ministers. — S. 444: Aus der Geschichte der ev. Kirche in Bromberg. — Bilder.

Die Nervenprobe.

Es war vorauszu sehen, daß Polen einmal vor die Notwendigkeit gestellt werden würde, die Errungenschaften seiner selbstständigen Außenpolitik gegen denjenigen Staat zu verteidigen, der sich durch die Entwicklung Polens vom Vasallen zur Großmacht in seinen Interessen besonders verletzt fühlt. Dieser Zeitpunkt ist heute gekommen. Frankreich hat sich mit den anderen Feinden einer polnischen Großmachtsstellung, mit der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Litauen, zusammengetan und Polen in die Defensive gezwungen. Diese Lage wird auch in Polen mit aller Klarheit erkannt; und selbst die nationaldemokratischen Kreise, die sonst nur allzu leicht dazu neigen, alles, was von Paris kommt, für gut und richtig zu halten, scheinen diesmal das unbehagliche Gefühl nicht loswerden zu können, daß der französische Freund und Bundesgenosse es darauf abgesehen hat, Polen um die Errungenschaften seiner selbstständigen Außenpolitik zu betrügen.

„Diese Errungenschaften“, schrieb die offiziöse „Gazeta Polska“ am Tage der Eröffnung der Völkerbundstagung, seien heute gefährdet. Es seien nebelhafte und unklare Projekte aufgestellt worden, die das nicht berücksichtigen, was schon erreicht sei. Die Beliebtheit, deren sich diese komplizierten Pläne in anderen Staaten erfreuen, könnten nichts daran ändern, daß sie bewußt oder unbewußt auf die Schwächung oder überhaupt auf die Zerstörung der bereits bestehenden Abkommen, vor allem des deutsch-polnischen Verständigungspaktes, abzielen.“ „Unsere Volksmeinung“, heißt es weiter in dem Artikel des Warschauer Blattes, „ist sich darüber im klaren, daß sich die polnische Diplomatie in diesem Augenblick in einem Kampfe befindet, in dem sie eine für uns ungeheuer wichtige Errungenschaft zu verteidigen hat. Minister Beck steht in Genf nicht allein. Er hat das ganze Land hinter sich, das zwar beunruhigt, aber doch entschlossen ist, unseren gerechten Standpunkt zu wahren.“

Oberst Beck hat in Genf um die außenpolitische Selbstständigkeit Polens zu kämpfen, deren wesentlichster Bestandteil die deutsch-polnische Verständigung ist. Die Frage, um die es für Polen in Genf geht, ist die, ob der außenpolitische Kurs der beiden letzten Jahre an der französischen Gegnerschaft scheitern soll oder ob die Erfolge, die er gebracht hat, für Polen ein wirklicher und dauerhafter Gewinn bleiben sollen. Es läßt sich nicht abstreiten, daß sich die Dinge in letzter Zeit nicht mehr so entwickelt haben, wie Polen es wünschte: Lettland und Estland haben sich in ihrer Einstellung zu Polen nicht als unbedingt zuverlässig erwiesen. Vor allem ist die von Warschau besonders erstrebte Annäherung an Litauen an dem sich versteifenden Widerstande des kleinen Nachbarn, der von Rußland und Frankreich aus seiner Isolierung befreit wurde, vorerst gescheitert. Im Südosten hat Warschau seine Absicht, in ein engeres politisches Zusammenspiel mit Rumänien zu kommen, zunächst wieder aufgeben müssen; und die Tschechei hat in der Behandlung der polnischen Volksgruppe in Mähren-Schlesien keine positiven Zugeständnisse gemacht. Das sind zweifellos Rückschläge. Aber sie ändern an der Tatsache nichts, daß Polen nach zweijährigen diplomatischen Bemühungen, sich aus der französischen Vormundschaft zu befreien, stärker und einflussreicher dasteht als jemals zuvor. Nur Leute, die der Meinung sind, daß sich die

schwierigsten Probleme aus dem Handgelenk lösen lassen, werden sich von solchen Rückschlägen, wie sie die polnische Politik in den letzten Wochen erlebt hat, einschüchtern und dazu bewegen lassen, auf ihren politischen Kurs zu verzichten.

Für Polen liegt keine Veranlassung vor, das Spiel gegen Frankreich verloren zu geben. Es kommt in der Krise, in der sich die polnische Außenpolitik gegenwärtig befindet, darauf an, ob Warschau stärkere Nerven besitzt als Paris. Was die Nerven anlangt, so ist es damit am Quai d'Orsay und im verbündeten Kreml nicht allzumeist her. Die baltischen Aktionen des russischen Außenkommissars und die komplizierten Projekte des französischen Außenministers tragen so deutliche Zeichen nervöser Verbräuchtheit und unsicherer Hast, daß ein polnischer Außenminister, der mit ruhiger Beharrlichkeit an seinen Plänen festhält und, wenn es darauf ankommt, auch zu warten versteht, sich schon allein dadurch, daß er das kann, in einer günstigeren Position als seine Widersacher befindet. Die kleinen Staaten, mit denen es Polen in seiner Außenpolitik in erster Linie zu tun hat, unterliegen zwar im Augenblick leicht dem imponierenden Eindruck und der Drohung der überlegenen französischen Macht. Auf die Dauer aber werden auf diese Staaten diejenigen Mächte die größere Anziehungskraft ausüben vermögen, deren Politik eine größere Stetigkeit sichert und somit stärkere Elemente eines organischen Aufbaues birgt.

Frankreich hat nichts unterlassen, um die polnischen Nerven auf eine möglichst harte Probe zu stellen. Es hat nicht nur Moskau, Rauen und Prag in ihren antipolnischen Aktionen ermuntert, nicht nur die polnischen Balkumpläne durchkreuzt, nicht nur wirtschaftliche Schwierigkeiten gemacht, sondern schließlich auch die ihm gefügige Presse oerschiedener Länder zu einer Heßkampagne gegen Polen mobilisiert und eine Attacke gegen den polnischen Außenminister geritten, indem es durch die Agentur „Radio“ die Nachricht verbreiten ließ, daß Oberst Beck binnen kurzem zurücktreten werde. Die polnische Standhaftigkeit ist schließlich auch noch durch die Ereignisse, die sich z. T. im südöstlichen Europa abspielen, und durch die Pläne, die sich dort mit einer Neuordnung der Verhältnisse an der Donau befassen, einer neuen Belastungsprobe ausgesetzt worden. Frankreich und Italien sind dabei, ihre alten Gegensätze in der Donaufrage aus dem Wege zu räumen und eine gemeinsame Lösung dieses — ohne Deutschland unlösbaren — Problems zu finden. Paris und Rom wollen gemeinsam die „Garantie der österreichischen Unabhängigkeit“ übernehmen. Die Tschechei, Rumänien und Südslawien will man für eine Lösung gewinnen, die irgendwie die Pariser Donauföderationspläne und die italienischen Vormachtsansprüche vereinigt, auf jeden Fall aber dazu dienen soll, Deutschland jede Möglichkeit einer Expansion nach dem Südosten zu sperren. Diese — wie immer — sensationell aufgemachten Projekte, die die Einheitsfront gegen Deutschland endlich in feste Form gießen sollen, konnten natürlich auch der polnischen Aufmerksamkeit nicht entgehen. In Paris glaubt man anscheinend, daß Polen sich — wenn auch nicht aus Liebe zu Frankreich, so doch aus Angst vor der französischen Übermacht — in diese Front der Feinde Deutschlands einordnen werde, daß es wieder in die Front zurückkehren werde, die es verlassen hat, um eine Politik zu treiben, die weniger den Wünschen des Quai d'Orsay, als seinen eigenen Notwendigkeiten entspricht.

Deutschland, Polen und Genf.

Deutschland lehnt ab.

Deutschland hat den Beitritt zum Ostpakt abgelehnt. Am 10. September ist den in Frage kommenden Regierungen die deutsche Stellungnahme zu den französisch-russischen Paktvorschlägen mitgeteilt worden. Die Gründe, die für die Ablehnung Deutschlands maßgebend sind, sind im wesentlichen folgende: Das Paktssystem setzt die Zugehörigkeit der Teilnehmerstaaten zum Völkerbund voraus und will diese Staaten auch in gewissen grundlegenden Fragen der europäischen Politik zu einer bestimmten Haltung im Völkerbunde verpflichten. Deutschland aber ist aus dem Völkerbund ausgetreten, weil es nicht in der Lage ist, an den Arbeiten dieser Institution teilzunehmen, solange ihm nicht die volle Gleichberechtigung auf militärischem Gebiete zuerkannt worden ist. Es ist unmöglich, daß ein Staat einem Vertragssystem beitreten kann, in dem ihm zwar dieselben Pflichten wie den anderen Partnern auferlegt werden, ihm aber die erste Möglichkeit zu deren Erfüllung, nämlich die militärische Gleichberechtigung mit den anderen Parteien, verlagert bleibt. Der Ostpakt sieht als wesentlichste Bestimmung vor, daß die Teilnehmer verpflichtet sind, in Konfliktfällen dem angegriffenen Staate militärische Hilfe zu leisten, wobei der „Angreifer“ nach der im Völkerbundsvertrag vorgesehenen Methode festgestellt werden soll. Deutschland aber hat in dieser Beziehung zu eindeutigen Erfahrungen gemacht, um sich von neuem dem Urteil der Verfasser des Artikels 21 des Versailler Diktats unterwerfen zu können. Das Barthousche Paktssystem ist kein Mittel zur Verhütung bewaffneter Konflikte, sondern ist eher zur Generalisierung von Kriegen geeignet. Deutschland aber kann als ein Staat, der abgerüstet inmitten hochgerüsteter Mächte liegt, keine Verpflichtung auf sich nehmen, die es in alle im Osten möglichen Konflikte hineinzieht und zum wahrscheinlichen Kriegsschauplatz machen würde. Das Paktssystem sieht eine Garantie der französischen Ostgrenzen durch die Sowjetunion und eine Garantie der osteuropäischen Grenzen durch Frankreich vor. Deutschland aber vermag ein reales Bedürfnis für solche Garantien nicht anzuerkennen. Es hält zweiseitige Verträge für eine bessere Methode der Friedenssicherung als vielseitige Pakte; und es glaubt, daß das Schwergewicht der Verträge nicht — wie beim Ostpakt Barthous — auf die automatische militärische Unterstützungspflicht im Kriegsfall, sondern — wie beim deutsch-polnischen Pakt — auf die Nichtangriffsverpflichtung und auf die Verpflichtung der an einem Konflikt beteiligten Mächte zur Konsultation gelegt werden muß. Daß die von Deutschland und Polen angewandte Methode wirksamer und ehrlicher als die französische ist, das wird durch die Tatsache bewiesen, daß die mancherlei Pakte, die ihren Ursprung der französischen Initiative verdanken, in einem mehr als zehnjährigen Zeitraum nicht instand gewesen sind, im Westen ein ähnliches Gefühl der Sicherheit und Entspannung zu erzeugen, wie es das deutsch-polnische Abkommen vom 26. Januar d. J. innerhalb eines halben Jahres im Osten hervorgerufen hat.

Der Völkerbund und die Sowjets.

Man kann nicht behaupten, daß der Völkerbund in seiner praktischen Arbeit auch nur in geringem Ausmaße den Ideen treugeblieben sei, mit denen die Westmächte seinerzeit die Schaffung dieser Institution unter Benützung der völkerbeglückenden Phraseologie des Präsidenten Wilson zu begründen versuchten. Bisher haben die besonders interessierten Mitglieder des Bundes immerhin aber noch darauf geachtet, daß wenigstens einigermaßen der Schein einer idealen Absicht gewahrt blieb. Jetzt wollen sie auch noch auf die letzte schamhafte Verhüllung des wahren Charakters ihres fälschlich „Völkerbund“ getauften Machtinstrumentes verzichten, indem sie sich anschicken, die Sowjetunion als neues Mitglied in ihren Reihen willkommen zu heißen. Ein Regime, dessen Existenz und Tätigkeit eine absolute Verneinung aller im Völkerbund angeblich verkörperten Ideale des Abendlandes darstellt, wird in Genf als verjüngender Retter freudig begrüßt. Wie ist das nun eigentlich: haben die Moskauer Machthaber ihre gegen Genf gerichteten Schmähungen und Schreien vergessen? Oder hat der Völkerbund seine „geheiligten“ Grundsätze verleugnet? Weder das eine, noch das andere dürfte der Fall sein. Im Grunde waren Moskau und Genf niemals so wesensverschieden, daß nicht stets die Möglichkeit bestanden hätte, eines Tages doch einmal zu einander zu finden. Sie sind nicht Gegner, sondern Konkurrenten gewesen; und wie zwei Konkurrenten sich miteinander verbinden, wenn die Konkurrenz nichts mehr einbringt oder gefährlich wird, weil ein Dritter von ihr profitieren könnte, so finden sich jetzt der bolschewistische und der kapitalistische Sektor der jüdischen Internationale zusammen, weil die antisemitische Welle, die ihren Ursprung in Deutschland hat, ihnen eine gemeinsame Gefahr zu sein dünkt. Nur so läßt sich das Schauspiel, das gegenwärtig in Genf abrollt, wirklich verstehen. Die Staaten, die wie die Schweiz, Belgien und Argentinien gegen die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund Einspruch erheben, tun das in dem Glauben, durch die Fernhaltung Moskaus die Idee des Bundes retten zu können. Diese Idee aber ist nicht zu retten, denn sie ist niemals lebendig gewesen. Der Völkerbund ist niemals etwas anderes als ein Instrument zur Erhaltung der französischen Vormacht gewesen. Und es bedeutet nur, daß er diesem Charakter auch weiterhin treu bleibt, wenn jetzt Litwinow eingeladen wird, sich mit in das selbe Glashaus zu setzen, über das er früher so häufig geschimpft hat.

Verschiedentlich hatte man im Auslande damit gerechnet, daß Polen sich entschieden gegen die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund aussprechen werde. Sicherlich ist der Einzug der Bolschewisten in Genf für die Warschauer Politik in jeder Hinsicht ein recht unerwünschtes Ereignis. Wenn Polen dennoch keinen Einspruch erhebt, so mag hierfür folgende Überlegung maßgebend sein: Ein polnischer Protest hätte bei den Staaten, deren Stellungnahme bisher noch zweifelhaft sein konnte, keine Nachahmung gefunden. Sein Einspruch oder seine Stimmenthaltung würde nicht ausgereicht haben, um die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund zu verhindern. Unter diesen Umständen zieht Polen es vor, auf eine von vornherein ihm erfolglos erscheinende Demonstration zu verzichten. Es macht gute Miene zum bösen Spiel und versucht, aus dem „guten Eindruck“, den seine Zustimmung hervorruft, politische Vorteile zu ziehen. Bedenken, die polnischerseits gegen die Aufnahme Sowjetrußlands bestanden haben, sollen in Verhandlungen Beck's mit Litwinow durch die Zusage zerstreut worden sein, daß Moskau seine Mitgliedschaft im Bunde nicht dazu benutzen werde, Polen durch eine Einmischung in die Behandlung seiner fremden Volksgruppen Schwierigkeiten zu machen. Im übrigen hat man in Warschau als Gegenleistung für die Zustimmung zur Aufnahme der Sowjetunion wohl an die Einräumung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrate gedacht, der Polen vielleicht die Möglichkeit geben könnte, für die unangenehme Einschaltung Moskaus in die europäischen Angelegenheiten einen Machtausgleich zu finden.

Der polnische Antrag in Bern.

Am 4. September trat in Bern der 10. Europäische Minderheitenkongreß zusammen. Der Kongreß, der seit 1925 regelmäßig kurz vor der Herbsttagung des Völkerbundes zusammenzutreten pflegt, wurde, wie üblich, von dem ehemaligen slowenischen Abgeordneten des italienischen Parlaments, Wilfan, geleitet. Die Juden, die sich im letzten Jahre wegen der Ablehnung ihrer gegen Deutschland gerichteten Mahenschaften vom Kongreß zurückgezogen hatten, nahmen auch diesmal an der Tagung nicht teil. Nicht vertreten waren u. a. auch die Polen und Dänen aus Deutschland. Dagegen war, auf daß der Veranstaltung auch die komische Figur nicht fehle, der „Litauerführer“ aus Ostpreußen, der ehemalige Schullehrer Storost, der sich Bydunas nennt, in Bern erschienen. Der Vertreterin der Ukrainer aus Polen, der bekannten Abgeordneten Frau Udmilla Rudnicka, hatten die polnischen Behörden die Ausreise verweigert. Der Kongreß befaßte sich besonders eingehend mit dem Antrag auf Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes, den Polen in Genf eingereicht hat. Der Kongreß, heißt es darin, „bestätigt mit Nachdruck die bereits auf dem ersten Kongreß 1925 ausgesprochene Forderung auf Verwirklichung der nationalkulturellen Freiheit für jede Volksgruppe in jedem Staat“. Aufgegriffen der von Tag zu Tag wachsenden Gegenfälle erhebe der Kongreß seine warnende Stimme. Heute wie vor zehn Jahren müsse betont werden, daß der nationale Ausgleich die Voraussetzung für den Frieden unter den Völkern sei. Gerade weil die Volksgruppen bei einem kommenden Krieg die am schwersten Betroffenen sein würden, hielten sich ihre Abgesandten für berechtigt, zu erklären, daß sie nach wie vor alles, was in ihren Kräften liege, für die Erfüllung der gerechten Forderungen der Volksgruppen tun werden, um den Ausbruch eines neuen Krieges in Europa zu verhindern. Der polnische Antrag wurde also grundsätzlich begrüßt, doch wiesen verschiedene Volksgruppenvertreter darauf hin, daß der Antrag zu manchen Bedenken Anlaß gebe. Vielfach, so hieß es z. B., werde vermutet, daß Polen die Ablehnung seines Antrages fest erwarte und diese Ablehnung dann benutzen wolle, um sich seinen eigenen Minderheitenschutzverpflichtungen zu entziehen. Da dem polnischen Beispiel dann wohl auch die anderen durch Minderheitenschutzverträge gebundenen Staaten folgen würden, stehe die Frage des Volkstumsrechtes heute in einer entscheidenden Phase. Es bestehe die Gefahr, daß die Folge des Antrages nicht die Verallgemeinerung des Schutzes, sondern die Verringerung des geringen, heute vorhandenen Schutzes sein werde. Es dürfe aber auf keinen Fall geduldet werden, daß die bestehenden Rechte aufgehoben werden, weil sich ihre Verallgemeinerung als unmöglich erweise. Weiter wurde hervorgehoben, daß eine Ausdehnung des Schutzes auf außereuropäische Staaten geeignet sei, den Schutz der Volksgruppen überhaupt ad absurdum zu führen, da die Verhältnisse in den überseeischen Staaten und in den Kolonien der europäischen Mächte so völlig verschieden von den europäischen Nationalitätenverhältnissen gelagert sind, daß sich eine Anwendung europäischer Grundsätze schlechterdings nicht durchführen ließe.

Bis zum 20. d. M. müssen Neubestellungen auf unser Distanz für Oktober-Dezember

aufgegeben werden. — Bei später erfolgenden Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugspreis für drei Monate beträgt 1,50 M. (ohne Zustellungsgebühr)

Noch einmal: Völkischer Selbstmord.

Kürzlich ging durch die deutschen Zeitungen die Nachricht, daß das Deutschtum in Mähren und Schlesien ausstirbt. Auf 1000 Deutsche entfällt dort ein jährlicher Zuwachs von nur 1,7. Nicht nur in Mähren, sondern auch in anderen osteuropäischen Staaten ist der natürliche Bevölkerungszuwachs der deutschen Volksgruppen vielfach sehr niedrig. (Siehe auch „Ostland“ Nr. 33, „Völkischer Selbstmord“.) Am traurigsten sieht es in dieser Hinsicht bei den Deutschen in Estland aus. Da stehen, auf das Tausend gerechnet, 8,5 Geburten 22,7 Todesfälle gegenüber, so daß der natürliche Bevölkerungszuwachs — 14,2 beträgt. Das war im Jahre 1933. Im vorletzten Jahre (1932) war diese Zahl noch größer. Da kamen auf 8,5 Geburten 26 Sterbefälle. Der Geburtenüberschuß (so kann man es eigentlich gar nicht nennen) betrug also — 17,5. Die Ursache dieses trüben Bildes ist die völlig anormale Bevölkerungsstruktur der deutschen Volksgruppe, insbesondere des städtischen Teiles. Durch den Krieg und die Revolutionszeit haben sich die jüngeren und mittleren Altersstufen stark vermindert. Viele junge Menschen wanderten nach dem Kriege ab, so daß eine völlige Überalterung des zurückbleibenden Teiles mit starkem Überwiegen der Frauen die Folge war. Die Gesamtzahl der lutherischen Deutschen in Estland (andere gibt es fast gar nicht) beträgt rund 23 000.

Mehr als dreimal so groß ist die Zahl der Deutschen in Lettland. 1925 wurden 71 000 Deutsche gezählt, während die letzte Volkszählung im Februar 1930 69 855 ergab. Bemerkenswert ist, daß der weitaus überwiegende Teil des lettischen Deutschtums in den Städten wohnt und daß das Deutschtum in Lettland zu 94,5 v. H. evangelisch ist. Die Bevölkerungsbewegung der Deutschen in Lettland sieht zwar besser aus als in Estland, ist aber auch besorgniserregend. 1931 kamen auf 1000 Deutsche 12,5 Geburten und 17,1 Sterbefälle, so daß der natürliche Bevölkerungszuwachs — 4,6 betrug. Ein ernstes Problem ist in Lettland auch die vom nationalpolitischen Standpunkt bedenklich hohe Zahl der Mischehen. 40 v. H. der deutschen Männer und 30 v. H. der deutschen Frauen heiraten Andersstämmige. Sehr häufig wählt der Deutsche das elegante lettische Mädchen, während der in gesicherter Existenz und Lebensstellung befindliche Lette eine solide deutsche Frau sucht!

In Litauen (ohne Memelgebiet) leben 35 000 bis 40 000 Deutsche, von denen 58,2 v. H. auf dem Lande, 34,6 v. H. in den größeren Städten, aber nur 7,2 v. H. in Städten unter 2000 Einwohner wohnen. Das Deutschtum ist im Gegensatz zu den baltischen Völkern ein überwiegend bäuerliches, mit einem beträchtlichen Mangel an bürgerlicher Intelligenz. Der natürliche Bevölkerungszuwachs ist hier bedeutend günstiger als in Lettland und Estland. Er beträgt 5,8 auf das Tausend, so daß der Bestand der deutschen Volksgruppe in Litauen biologisch durchaus gesichert erscheint.

Die stärkste deutsche Volksgruppe lebt mit rund 3¼ Million Deutschen im Gebiet der tschechoslowakischen Republik. Hier besteht in den einzelnen deutschen Gruppen, also bei den Deutschen in Böhmen, Mähren, Schlesien, in der Slowakei und Karpathenrußland, im Bevölkerungswachstum ein großer Unterschied. Durch unzureichende Geburtenzahl bedroht ist, wie schon eingangs erwähnt, das Deutschtum in den mährischen Sprachinseln, während sich die in Karpathenrußland befindlichen deutschen Siedlungen erfreulich vermehren.

Stark bedroht ist auch das deutsche Volkstum in Deutschösterreich. Die natürliche Bevölkerungsbewegung ist hier seit langem ungünstiger als im Deutschen Reich. 1932 standen in Österreich 15,2 Geburten 13,9 Todesfälle gegenüber, so daß die natürliche Zunahme der Bevölkerung nur 1,3 auf das Tausend ausmacht; 1931 betrug diese Zahl 1,9 und 1930 3,3.

Mit einer halben Million Seelen ist das Deutschtum in Ungarn vertreten. Hier scheint die Gefahr der Vernichtung des Deutschtums durch Geburtenrückgang und Aussterben zur Zeit nicht zu bestehen. 1930 kamen auf 1000 Deutsche 24 Geburten

und 15,5 Sterbefälle, so daß mit 8,5 der Geburtenüberschuß verhältnismäßig hoch ist.

Die Zahl der Deutschen in Südslawien wird auf mindestens 700 000 geschätzt. Hier finden sich in den einzelnen landschaftlichen Gebieten starke Schwankungen in der Geburtenzahl und damit auch der biologischen Lebenskraft. Eine einheitliche statistische Erfassung besteht nicht. Während z. B. im Bosnischen die deutschen Volksgruppen eine sehr starke Geburtenzahl aufweisen, ist die Bestandserhaltung in anderen Gebieten ernstlich gefährdet. Am stärksten ist dies in der sogenannten Batschka der Fall, wo rund 174 000 Deutsche leben. Der fortschrittlichste und wirtschaftlich stärkste Teil hat den schärfsten Geburtenrückgang. In der schönsten und reichsten Gemeinde Jorscha, in der jüngst die 150-Jahr-Feier der evangelischen Besiedlung des Landes begangen wurde, liegt z. B. in wahren Palästen, die man kaum noch als „Bauernhäuser“ bezeichnen kann, Reichtum und Luxus aufgestapelt und alles schreit, wie in einem dortigen Blatte zu lesen ist, nach Wollust und Leben, und doch fehlt ihnen der Träger und die Garantie des Lebens: das Kind.

Nicht viel besser steht es in dieser Hinsicht in Rumänien bei den Siebenbürger Sachsen und den Banater Schwaben, bei denen das Zweikindersystem schon seit Generationen vorherrschend ist.

Und nun das Deutschtum in Polen. Auch hier ist die Lebenskraft der deutschen Volksgruppen in den einzelnen Gebieten verschieden. Während bei den evangelischen Deutschen in Posen und Pommern im Jahre 1932 auf das Tausend 17 Geburten und 16,6 Todesfälle kamen, der Geburtenüberschuß also nur 0,4 betrug, hatten die evangelischen Deutschen in Oberschlesien 20 Geburten und 13,3 Todesfälle, also ein Geburtenüberschuß von 6,7 auf das Tausend aufzuweisen. Die evangelischen Deutschen in Galizien hatten im Jahre 1931 eine durchschnittliche Geburtenzahl von 22,4 auf das Tausend, die Sterblichkeit betrug 14,3, so daß sich ein Geburtenüberschuß von 8,1 auf das Tausend ergibt. Von Kongregipolen liegen in dieser Hinsicht keine Zahlen vor. Ein einzigartiges Beispiel für die Lebensenergie einer auslanddeutschen Volksgruppe bildet der deutsche Volksplitter in Wolhynien. Auf 1000 evangelische Deutsche kamen 1932 36 Geburten und 13,8 Todesfälle, so daß der natürliche Bevölkerungszuwachs 22,2 auf das Tausend beträgt. Mit diesen Zahlen überragt das wolhynische Deutschtum selbst weit den natürlichen Durchschnittszuwachs in Polen, der für 1933 12,3 betrug. Ähnlich stark ist die Zunahme der deutschen Bevölkerung im Eholmer Land.

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich im osteuropäischen Raum neben gesunden lebenskräftigen deutschen Siedlungen, leider auch todkrankes, scheinbar dem Untergang geweihtes Volkstum befindet. Ein Überwiegen der Sterbefälle über die Zahl der Geburten beobachten wir vor allem bei dem baltischen Deutschtum, aber auch in anderen Gebieten reicht die Zahl der Geburten heute nicht mehr aus, die Bestandserhaltung zu gewährleisten. In manchen Gebieten konnte der Rückgang der Geburtenzahl durch eine entsprechende Herabsetzung der Sterblichkeit noch zum Ausgleich gebracht werden. Dies hat aber schwerwiegende Änderungen im Altersaufbau zur Folge und ist auch nur in gewissen enggesteckten Grenzen möglich. Über die Lebenskraft entscheidet nicht die niedrige Sterbeziffer, sondern die Zahl der Geburten. Das neue Erwachen, das durch das deutsche Volk geht, hat in weiteren Kreisen ein Verständnis für die Tatsache geweckt, daß in der Bevölkerungsbewegung das Schicksal der Zukunft unseres Volkes beschlossen liegt. Nur aus einer entschiedenen Gesinnungsänderung und Befinnung auf diese eigentliche Grundlage des Lebens wird hier Hilfe kommen können.

Die Unterdrückung des Memellandes.

Eine in Straßburg (Elsaß) erscheinende Zeitung „Le Messager d'Alsace“, hat den litauischen Memelpolitikern einige Worte ins Stammbuch geschrieben, die diesen wegen ihres französischen Verfassers besonders unangenehm sein dürften. Es heißt dort u. a. wörtlich: „Wir wollen und können es nicht verhehlen, daß die illegalen Eingriffe der Rauen Regierung, deren Funktionäre auf einem durchweg relativ niedrigen Bildungsniveau stehen, in Memel viel böses Blut gemacht haben und daß bei einer Entwirrung der unhaltbaren Verhältnisse in Nordosteuropa das Memelproblem, das von Litauen erst geschaffen wurde, eine schwer zu lösende Frage bedeuten wird. Die Tatsache, daß Litauens Staatspräsident Smetona, der, umgeben von Ministern, seiner Regierung, Memel vor einiger Zeit besucht hat, hier das „Fest des Meeres“ feierte und den Grundstein zu einer eigenen Flotte legte, läßt zweifellos erkennen, daß man in Rauen beschlossen hat, Memel ohne weiteres Jögern zu annektieren und das von vier Großmächten

garantierte Memelstatut als einen wertlosen Fetzen Papier zu betrachten. Dies wird auch zweifellos durchgeführt werden, wenn Litauen als nordosteuropäischer Staat ein dauerhaftes politisches Gefüge bedeutet. Gerade das aber wird von so manchem Politiker ernstlich bezweifelt.“ Das französische Blatt hat also ganz richtig erkannt, daß die litauischen Politiker, indem sie das Memelland unterdrücken, die Existenz des litauischen Staates gefährden, daß die Memelpolitik der Rauen Regierung ein frivoles Spiel mit dem Schicksal des litauischen Volkes darstellt.

Der litauische Kriegskommandant in Memel hat eine Anordnung ertlassen, die nicht nur einen groben Verstoß gegen das Memelstatut, sondern auch eine barbarische Verletzung internationaler Gepflogenheiten darstellt. Er hat allen Besitzern von Rundfunkempfängern das Abhören von Vorträgen und Liedern verboten, „die einen Teil der Bevölkerung gegen den anderen aufhetzen“. Diejenigen, die gegen diesen Befehl verstoßen, werden mit Geldstrafen bis zu 5000 Lit und mit Gefängnisstrafen bis zu

3 Monaten bedroht. Außerdem soll dem Zuwiderhandelnden das Wohnrecht im Memelgebiet entzogen werden! Die Absicht dieses von Wut und Angst diktierten Befehls ist, die Memelbevölkerung am Empfang deutscher Rundfunksendungen zu hindern. Erfahrungsgemäß sehen die von chronischen Minderwertigkeitsgefühlen geplagten Machthaber Litauens in jedem Wort, das eine Anerkennung Deutschlands enthält, eine „Aufhebung gegen den litauischen Staat“. Vermutlich bilden sich die derzeitigen Gewaltherrn des Memelgebietes ein, daß das Kultur- und Wissensbedürfnis der Memelbevölkerung sich durch die Sendungen des Rauener Rundfunks befriedigen läßt. Die neue Anordnung des Kriegskommandanten ist eine Aufforderung an alle minderwertigen Elemente, durch eine systematische Bepitzelung der Besitzer von Rundfunkempfängern sich besondere Verdienste um die „Sicherheit des litauischen Staates“ zu erwerben.

*

Das Direktorium Reissys hat weiter eine Polizeiverordnung erlassen, die eine neue Unterdrückung der deutschen Sprache und gleichzeitig eine Schädigung der memelländischen Geschäftswelt darstellt. Nach dieser Polizeiverordnung müssen alle öffentlich ausgestellten Aushängeschilder, Firmenschilder und Bekanntmachungen sowohl in der Stadt Memel als auch in den Kreisen an anderer Stelle einen „einwandfreien Text in der litauischen Staatssprache“ tragen. Diesem Text sind mindestens die Hälfte des für die Bekanntmachung bestimmten Raumes sowie entsprechende Buchstaben einzuräumen. Die Verordnung muß bis zum 1. Oktober d. J. durchgeführt sein. Das bedeutet, daß bis zu diesem Zeitpunkt sämtliche deutsch-memelländischen Geschäftsleute und sonstigen Unternehmungen ihre Schilder erneuern sollen, und daß es rein deutschsprachige Schilder und Bekanntmachungen in Zukunft nicht mehr geben soll. Zuwiderhandlungen werden mit hohen Geld- und Haftstrafen bedroht. Durch die Verordnung ist erneut die Bestimmung des Memelstatuts, wonach die deutsche und die litauische Sprache gleichberechtigt sind, sich also jeder Memelländer nach seinem eigenen Ermessen der ihm zusagenden Sprache bedienen kann, gröblich verletzt worden.

*

Das Direktorium Reissys hat dem Landtag das Hausrecht entzogen. Es hat nämlich für den Zuhörerraum des Landtages nur an die ihm nahestehende litauische Presse bzw. an sonstige Personen, die der kleinen litauischen Minderheit im Memelland angehören, Eintrittskarten ausgegeben, dagegen hat die ohne Rücksicht auf die Parteigebhörigkeit verteilten Karten des Präsidiums des Landtages für ungültig erklärt und die Polizei angewiesen, nur Personen, die im Besitze von Eintrittskarten des Direktoriums sind, in die Zuhörerräume hineinzulassen. Damit werden die Vertreter der deutsch-memelländischen Presse sowie An-

gehörige der deutschen Landtagsmehrheit von der Sitzung ausgeschlossen. Der Präsident des Landtages hat gegen diesen einzig dastehenden Eingriff in die Rechte eines Parlaments beim Souverän und Direktorium Einspruch erhoben.

*

Am 6. September ist der Memellandtag zu einer Sitzung zusammengetreten, um eine Regierungserklärung des illegalen Direktoriums Reissys entgegenzunehmen. Von den 29 Abgeordneten waren nur 18 erschienen. Die fünf litauischen Abgeordneten waren der Sitzung ferngeblieben. Weitere sechs Abgeordnete waren am Erscheinen verhindert; sie waren zur Polizei geladen worden, wo ihnen mitgeteilt wurde, daß sie nicht berechtigt seien, ihre Mandate auszuüben. Der Landtag war unter diesen Umständen, genau so wie am 27. Juli, beschlußunfähig. In einer von 15 Abgeordneten unterzeichneten Erklärung wurde gegen die willkürlichen und böswilligen Machenschaften der Litauer gegen den Landtag Einspruch erhoben. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß dem Direktorium Reissys vom Landtag niemals das Vertrauen ausgesprochen werden würde. Dieser Erklärung schlossen sich auch die restlichen drei anwesenden Abgeordneten an. Das Zustandekommen eines ordnungsgemäßen Mißtrauensvotums aber war wegen der Beschlußunfähigkeit des Landtages nicht möglich. Die Abgabe der Erklärung wurde von den Zuhörern, ausschließlich Litauern, mit höhnischen Zwischenrufen und Lachen beantwortet. Bezeichnend für die litauische „Prominenz“ im Memelgebiet ist es, daß sich unter den Radaubrüdern der vom litauischen Gouverneur zum Oberbürgermeister von Memel ernannte Simonaitis besonders herortat. Dieser „Litauerführer“ ist auch sonst für die „gute Gesellschaft“, mit der Rauen das deutsche Memelgebiet versorgt hat, charakteristisch: Nachdem das deutsche Stadtoberhaupt Dr. Brindlinger abgesetzt worden war, um u. a. angeblich den Weg für die notwendigen Sparmaßnahmen freizumachen, begann Simonaitis seine Amtstätigkeit damit, daß er sich selbst ein wesentlich höheres Gehalt bewilligte, als es sein deutscher Amtsoorgänger jemals bezogen hatte.

*

Bei seinen Litauisierungsbestrebungen hat das Direktorium Reissys auch vor dem Memeler Lehrerseminar nicht Halt gemacht. Diese wichtigste Unterrichtsanstalt des Memelgebiets ist ein Angelpunkt litauischer Politik von Anfang an gewesen, und sie ist stets in litauischem Sinne umgestaltet worden, wenn einmal ein litauisches Direktorium ans Ruder kam. Wie schon einmal im Jahre 1927, so ist jetzt wieder inmitten des Schuljahres die litauische Unterrichtssprache am Lehrerseminar außer in Deutsch und Mathematik eingeführt worden. Ferner hat man drei deutsch eingestellte Lehrkräfte entfernt und hat allerlei andere Maßnahmen ergriffen, um den deutschen Schülern die Ausbildung im Lehrerseminar zu erschweren bzw. unmöglich zu machen.

Staatspräsident Smetona 60 Jahre alt.

Staatspräsident Antanas Smetona wurde am 10. August 1874 in Upleniai, Kreis Wilkomir, als Sohn eines Landwirts geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und privatem Unterricht besuchte er die Mittelschule in Polangen und das Gymnasium in Mitau. Dort nahm er an der litauischen Volkstumsbewegung teil und wurde 1896 aus dem Gymnasium ausgeschlossen, weil er sich geweigert hatte, die Gebete in russischer Sprache zu sprechen. Es gelang ihm schließlich, in das 9. Gymnasium in Petersburg aufgenommen zu werden. Dann studierte er von 1897 bis 1902 an der juristischen Fakultät der Petersburger Universität. Auch hier geriet er wegen seiner Volkstumsarbeit in Konflikt mit den Behörden, wurde von der Universität verwiesen und für einige Zeit als politischer Verbrecher ins Gefängnis gesteckt. Ständig von den russischen Behörden beobachtet und verfolgt, gelang es ihm schließlich, seine Studien zu beenden. 1903 wurde Smetona Beamter der Landbank in Wilna, 1904 verheiratete er sich mit der Tochter des Gutsbesizers Chodakauskas. Auch in Wilna nahm er die Tätigkeit für das litauische Volkstum, besonders auf journalistischem Gebiet, wieder auf. 1906 redigierte er die von ihm gegründete Zeitung „Ukininkas“, 1907 war er Mitarbeiter der Zeitung „Vilniaus žinios“ (Wilnaer Nachrichten), von 1907 bis 1913 Schriftleiter der Zeitung „Viltis“ (Die Hoffnung) und von 1913 bis 1914 der Zeitschrift „Vairas“. Während der Revolution im Jahre 1905 stand er in der vordersten Reihe der Kämpfer für die litauische Freiheit und Unabhängigkeit und bekleidete im ersten Alllitauischen Sejm in Wilna das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden. Die auf die Revolution folgende russische Reaktion löschte zwar zeitweilig wieder die Arbeit der litauischen Patrioten, konnte es aber nicht verhindern, daß Smetona neben seiner journalistischen Tätigkeit gerade in den Jahren von 1905 bis 1914 an der Spitze von Vereinen, Kommissionen usw. sich ganz besonders der kulturellen Volkstumsarbeit widmete.

Zu Beginn des Krieges lebte Smetona in Wilna, wo er auch verblieb, als die Deutschen dort einzogen. Während der Besatzungszeit trat Smetona immer mehr in der Öffentlichkeit hervor, insbesondere durch seine Tätigkeit als Vorsitzender eines litauischen Hilfskomitees, das seinen philanthropischen Wirkungskreis bald auch auf das politische Gebiet ausdehnte und maßgeblich an der Einberufung einer großen Konferenz der Litauer in Wilna beteiligt war, auf welcher der Litauische Nationalrat gebildet wurde. Smetonas staatsmännische Laufbahn begann, als er 1917 einstimmig

zum Präsidenten des Nationalrates gewählt wurde. Am 16. Februar 1918 proklamierte er als Vorsitzender des Nationalrates mit deutscher Hilfe den unabhängigen litauischen Staat. Nach dem Abzug der deutschen Besatzung war Smetona zeitweise im Auslande für die Sache Litauens tätig, bis er am 4. April 1919 vom litauischen Nationalrat zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Nach Erlass der vorläufigen Verfassung durch die Verfassungsgebende Versammlung trat Smetona am 3. Juni 1920 von dem Amt des Staatspräsidenten zurück, er überließ den in außerordentlich heftiger Agitation entstandenen Parteien, den Christlich-Demokraten und den Volkssozialisten, die künftige Führung der Staatsgeschäfte.

Selbst hatte Smetona bis dahin weder eine ausgesprochene, noch einem festen Programm arbeitende Partei gegründet, noch einer solchen angehört. Das ist auch der Grund, weshalb die von ihm vertretene politische Richtung im Verfassungsgebenden Sejm fast ohne personelle Vertretung blieb. Smetona verzichtete jetzt auf politische Betätigung in größerem Maßstabe, betätigte sich vorwiegend als Publizist an völkischen Organen sowie seit 1923 auch als Dozent an der Universität Rauen und beobachtete im übrigen sorgsam die Entwicklung. Vom 24. Februar 1923 bis gegen Ende April des gleichen Jahres war Smetona Oberster Bevollmächtigter im Memelgebiet. Im Mai 1926 wurde Smetona in den dritten Sejm gewählt, wo er mit zwei Gefinnungsgenossen eine eigene kleine Gruppe bildete. Die Sozialdemokraten und Volkssozialisten hatten die Führung der Staatsgeschäfte übernommen, und als sich nur gleichzeitig im Lande eine kommunistische Bewegung breitmachte, erhob Smetona zunächst in Zeitungen und Zeitschriften warnend seine Stimme, um schließlich wieder aktiv in die Geschicke des Landes einzugreifen. Am 17. Dezember 1926 wurde durch einen mit Hilfe der Armee durchgeführten Umsturz der bis dahin herrschenden parlamentarischen Regierungsform ein Ende gemacht. Smetona wurde am 20. Dezember 1926 wieder zum Staatspräsidenten gewählt. Im Jahre 1931 erfolgte seine Wiederwahl zum Staatspräsidenten durch die nach der neuen Verfassung vorgesehenen besonderen Volksvertreter, die mit 117 Stimmen ihn einstimmig wieder beriefen. Jetzt trägt Staatspräsident Smetona nicht nur den Titel des Präsidenten der litauischen Republik, sondern auch den des „Führers des litauischen Volkes“.

Das ausländische Aktienkapital in Polen.

Das polnische Statistische Jahrbuch für 1934 enthält Angaben über das in den polnischen Aktiengesellschaften tätige Auslandskapital. Die Angaben geben den Stand von Anfang 1933 wieder. Sie lassen die Bedeutung der polnischen Bestrebungen, sich von den Einflüssen des Auslandskapitals zu befreien, erkennen. Die „Gazeta Warszawska“ befaßt sich auf Grund der erwähnten statistischen Angaben mit der Kapitalsüberfremdung der polnischen Wirtschaft: Es bestanden in Polen 1266 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 4273 Millionen Zloty. Davon verfügen 463 Gesellschaften über ein gemischtes, d. h. teils polnisches, teils ausländisches Kapital in Höhe von zusammen 2943 Millionen Zloty. Die teilweise mit Auslandskapital arbeitenden Gesellschaften machen also ihrer Zahl nach rund 36 % aller Aktiengesellschaften in Polen aus, kapitalmäßig verfügen sie jedoch über 70 % des gesamten in den polnischen Aktiengesellschaften investierten Kapitals und spielen somit die entscheidende Rolle. Von dieser Summe mache das ausländische Kapital allein 1845 Millionen Zloty aus und umfasse somit im Verhältnis zum Gesamtkapital 43,2 %. Betrachte man jedoch die einzelnen Industriezweige getrennt von einander, so ergebe sich ein noch viel traurigeres Bild.

„Wenn wir das Hüttenwesen nehmen“, schreibt die „Gazeta Warszawska“, „so sehen wir, daß von 14 Aktiengesellschaften nur 3 inländisches, dagegen 11 in- und ausländisches Kapital haben. Von dem in den Hüttenbetrieben investierten Gesamtkapital in Höhe von 617 Millionen Zloty entfallen 554 Millionen Zloty, d. i. fast 90 %, auf Auslands- und nur 63 Millionen Zloty auf

inländisches Kapital. Das zweite Gebiet des Wirtschaftslebens, das vollkommen unter dem Einfluß fremder Kapitalien steht, sind die Gas- und Elektrizitätswerke. Von 21 Unternehmungen dieser Art haben nur 4 einheimisches Kapital, und auf die Gesamtsumme von 195 Millionen Zloty Aktienkapital der Gas- und Elektrizitätswerke kommen 152 Millionen Zloty ausländisches Kapital, was einem Anteil von fast 78 % gleichkommt.“

„Ein wenig, aber auch nur ein wenig besser liegen die Verhältnisse für uns im Bergbau. Es arbeiten in ihm 53 Aktiengesellschaften, von denen 40 ausländisches Kapital haben. Von 698 Millionen Zloty Aktienkapital der Bergwerksunternehmungen entfallen auf Auslandskapital 430 Millionen Zloty, also 62 %. Die chemische Industrie, die sich erst vor kurzem bei uns zu entwickeln begann, hat 56 % ausländisches Kapital, da von der Gesamtsumme von 287 Millionen Zloty 162 Millionen Zloty auf das Auslandskapital entfallen und ihm über die Hälfte aller Unternehmungen vollkommen gehört. In der Maschinen- und Elektroindustrie sowie in den Verkehrs- und Transportunternehmungen umfaßt das ausländische Kapital über 31 %. Am schwächsten ist das Auslandskapital in der Textilindustrie vertreten, in der sein Anteil 21,5 % ausmacht. In den übrigen Industriezweigen beträgt dieser Anteil 17 %.“

Nach diesen Angaben herrscht also das ausländische Aktienkapital unumstritten vor im Hüttenwesen, den Gas- und Elektrizitätswerken, im Bergbau und in der chemischen Industrie. Angaben über die Herkunft des Auslandskapitals finden sich in der Veröffentlichung des Warschauer Statistischen Zentralamtes nicht.

Notstandsgebiet Beuthen — Gleiwitz — Hindenburg.

Die bevölkerungs- und wirtschaftspolitische Gesundung des west-obererschlesischen Industriegebietes ist wohl die interessanteste und schwierigste Aufgabe, die die diplomatische Unvernunft von Versailles der Führung des Deutschen Reiches gestellt hat. Im Auftrage der Kommunalen Interessengemeinschaft für das obererschlesische Industriegebiet ist kürzlich unter dem Titel „Aus Verwaltung und Wirtschaft des obererschlesischen Industriegebietes“ eine größere statistische Arbeit veröffentlicht worden, die eine Fülle lehrreichen Materials über die Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur dieses industriellen Grenzbezirks enthält. (Ostdeutsche Verlagsanstalt Breslau. Herausgeber Dr. F. Rompe. 204 Seiten.) Diesem Buch sind nachstehende Angaben entnommen.

Das westobererschlesische Industriegebiet wird von den Städten Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg, dem Landkreis Beuthen-Carnowitz und Teilen des Landkreises Gleiwitz gebildet. Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur des Gebietes werden vollkommen von der Schwerindustrie, vor allem der Eisenindustrie und dem Bergbau, bestimmt. Am deutlichsten tritt diese wirtschaftliche Einseitigkeit in Hindenburg, einer fast reinen Arbeiterstadt, in Erscheinung, während in Beuthen der Handel und in Gleiwitz Verwaltung und Verkehr neben der Industrie stärker hervortreten. Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg sind die drei Großstädte des Deutschen Reiches (mit über 100 000 Einwohner), die den höchsten Geburtenüberschuß aufweisen. Im Jahre 1933 betrug der Überschuß der Geburten über die Todesfälle in Beuthen 9,3 ‰, in Gleiwitz 7,8 ‰ und in Hindenburg 9,8 ‰, während im gleichen Jahre der durchschnittliche Geburtenüberschuß der deutschen Großstädte nur 0,4 ‰ und im Durchschnitt des Reiches nur 3,5 ‰ betrug. Auf das Vorwiegen der Schwerindustrie, die nur geringe Möglichkeiten für Frauenarbeit bietet, ist der verhältnismäßig geringe Frauenüberschuß zurückzuführen, den die drei Großstädte des Industriegebietes aufweisen. Die Stadt Hindenburg konnte im Jahre 1925 sogar einen Männerüberschuß aufweisen. Im Jahre 1933 kamen auf je 100 Männer in Beuthen 107,3, in Gleiwitz 108,1 und in Hindenburg 103,3 Frauen, im Durchschnitt der deutschen Großstädte dagegen 111,6. Auf den Kinderreichtum der drei Städte geht der starke Anteil der jüngeren Altersklassen an der Gesamtbevölkerung zurück. Von je 100 Einwohnern sind im Durchschnitt der deutschen Großstädte 69,8 über 20 Jahre alt, in Beuthen 60,3, in Gleiwitz 60,5 und in Hindenburg nur 58,1. Auch in der Konfessionsgliederung ihrer Bevölkerung unterscheiden sich die drei obererschlesischen Industrie- und Großstädte vom Rest des Reiches. Das katholische Bekenntnis herrscht mit 85 bis 90,1 v. H. eindeutig vor. Bezeichnend ist der verhältnismäßig starke Anteil der Israeliten an der Bevölkerung Beuthens, das man als das Handelszentrum des Industriegebietes ansprechen kann. Dieser Anteil betrug im Jahre 1925 3,9 v. H. und ging im vergangenen Jahre auf 2,8 v. H. zurück. Im Durchschnitt der deutschen Großstädte betrug der israelitische Anteil im Jahre 1925 2,3 v. H.

Am aufschlußreichsten ist die Gliederung der Bevölkerung nach der Erwerbstätigkeit. Der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung ist in den drei erwähnten Städten erheblich niedriger als im Durchschnitt der deutschen Großstädte und des Deutschen Reiches. Der Grund liegt 1. in den hohen Kinderreichtum des Industriegebietes, 2. in der geringen Erwerbsmöglichkeit für Frauen in der Schwerindustrie und 3. auch in

der verhältnismäßig hohen Zahl der Unfall- und Altersrentner. Von je 100 Männern sind (nach der Berufszählung von 1925, auf die hier noch zurückgegriffen werden muß) erwerbstätig in Beuthen 63,2, in Gleiwitz 64,8 und in Hindenburg 63,6 — gegen 71,8 im Durchschnitt der deutschen Großstädte und 68 im Durchschnitt des Reiches. Von 100 Frauen sind erwerbstätig in Beuthen 22,3, in Gleiwitz 20,8 und in Hindenburg 13,8 — gegen 31 im Großstadt- und 35,6 im Reichsdurchschnitt. Bezeichnend für die Struktur der obererschlesischen Industrie- und Großstädte ist auch der geringe Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen. Während im Reichsdurchschnitt auf je 100 Erwerbstätige 17,3 und im Großstadtdurchschnitt 14,3 Selbständige entfallen, ist diese soziale Kategorie in Beuthen nur mit 12,2, in Gleiwitz mit 10,0 und in Hindenburg gar nur mit 7,3 v. H. vertreten. Umgekehrt ist der Anteil der unselbständigen Arbeiter (ohne die Angestellten und Beamten) an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in den obererschlesischen Industrie- und Großstädten erheblich höher als im Reichs- und Großstadtdurchschnitt. Er beträgt in Beuthen 50,4, in Gleiwitz 51,2 und in Hindenburg sogar 67,5 v. H., während er im Reich und in den Großstädten durchschnittlich nur 45,1 bzw. 47,3 v. H. beträgt.

Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg — namentlich das letztere — sind typische Arbeiterstädte. Im Durchschnitt ist ihre Bevölkerung trotz der vorhandenen reichen Bodenschätze recht arm. Ihr Einkommen bleibt weit hinter dem deutschen Großstadtdurchschnitt und selbst hinter dem Durchschnitt des Reiches (einschließlich der ländlichen Gebiete) zurück. Zu bemerken ist auch, daß das auf einem Erwerbsleben stehende Person entfallende Einkommen sich in den obererschlesischen Industrie- und Großstädten infolge der größeren Kinderzahl und des geringen Anteils der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung im Durchschnitt auf eine größere Personenzahl als in den übrigen deutschen Großstädten verteilt. Am klarsten geben die ungünstigen Einkommensverhältnisse der obererschlesischen Industrie- und Großstädte aus einer Gegenüberstellung der Steuerkraftziffern hervor. Das Steuersoll je Einwohner (d. h. Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Vermögenssteuer zusammen) beträgt für 1928 in Beuthen 55,50 RM., in Gleiwitz 110,10 RM. und in Hindenburg 30,40 RM. Dagegen beträgt es im Durchschnitt der deutschen Großstädte 120,70 RM. Die Steuerkraftziffer Hindenburgs macht also nur etwa ein Viertel, diejenige Beuthens die knappe Hälfte der entsprechenden Ziffer der deutschen Großstädte aus. Von der hohen Gleiwitzer Steuerkraftziffer entfällt etwa die Hälfte auf die Körperschaftsteuer, was darauf zurückzuführen ist, daß viele obererschlesische Industrieunternehmen ihren Sitz in Gleiwitz haben und dort auch zur Körperschaftsteuer veranlagt werden.

Eines der schwierigsten Probleme der obererschlesischen Industrie- und Großstädte ist das Wohnungsproblem. Die rasche wirtschaftliche Entwicklung des Gebietes unter der Herrschaft eines nur widerwillig sich mit sozialen Fragen befassenden kapitalistischen Systems, die Armut und der Kinderreichtum der Bevölkerung und die sich daraus ergebende Armut der Kommunen. Schließlich die mannigfachen Beschränkungen, denen die gesunde bauliche Entwicklung der Städte durch die bergbaulichen Erfordernisse ausgesetzt ist, haben die Wohnungsnot in den obererschlesischen Arbeiterstädten schon in der Vorkriegszeit zu einem ebenso dringend wie schwer zu lösenden sozialen Problem werden lassen. Dieses

Problem wurde nach dem Kriege durch die lange stockende Bautätigkeit und durch den hohen Flüchtlingszuzug aus dem losgetrennten ostoberschlesischen Nachbargebiet noch erheblich verschärft. Die ober-schlesischen Industrie- und Städte weisen je Wohnung eine erheblich größere Wohndichte auf als die deutschen Städte mit mehr als 50 000 Einwohner in ihrem Gesamtdurchschnitt. Noch krasser sind die Unterschiede bezüglich der Wohndichte je Wohnraum. Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg weisen in dieser Hinsicht unter allen deutschen Städten die ungünstigsten Verhältnisse auf. Auf einen Wohnraum entfielen am 31. Dezember 1933 in Beuthen 1,55, in Gleiwitz 1,45 und in Hindenburg 1,57 Personen. Dabei ist noch zu bedenken, daß sich die meisten der überfüllten Wohnungen der ober-schlesischen Städte hinsichtlich ihrer Bauart in einem Zustande befinden, wie er nur in den schlimmsten „Proletariervierteln“, z. B. des Berliner Nordens, vorkommt. In Beuthen und Hindenburg besteht die Hälfte aller vorhandenen Wohnungen nur aus ein bis zwei Räumen, in Gleiwitz liegen die Verhältnisse mit 40 v. H. Ein- und Zweizimmerwohnungen etwas günstiger. Der drückenden Wohnungsnot wurde durch eine erhebliche Neubautätigkeit entgegengetreten. Die drei ober-schlesischen Industriestädte wiesen Anfang 1933 unter allen deutschen Städten in ihrem Wohnungsbestand den höchsten Anteil an Neubauwohnungen auf (das sind solche, die nach dem 1. Juli 1918 erstellt worden sind). Der Neubauanteil betrug in Beuthen 27,0 v. H., in Gleiwitz 33,0 v. H. und in Hindenburg 23,6 v. H. — gegen nur 17 v. H. im Reichsdurchschnitt.

Die Wohnungsverhältnisse haben sich durch diese rege Bautätigkeit zwar etwas gebessert. Die Erfolge konnten jedoch wegen der starken Bevölkerungszunahme der Industriestädte nur teilweise in Erscheinung treten. Viele Zunahme ging einerseits auf die natürliche Bevölkerungsvermehrung, dann aber auch auf die starke Zuwanderung namentlich aus Ostoberschlesien zurück. Ein großer Teil der aus dem an Polen gefallen ober-schlesischen Gebietsteil verdrängten Deutschen blieb in den unmittelbar an der Grenze gelegenen Industriestädten hängen. Viele Jahre hindurch waren Tausende dieser Flüchtlinge notdürftig in Baracken untergebracht. Welch hohen Anteil die Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung der drei Städte ansprechen, geht aus Rundfragen hervor, die 1931 bis 1934 in den Volksschulen veranstaltet wurden. Dabei wurde festgestellt, daß 17,5 v. H. aller Volksschulkinder der Industriestädte Kinder von Eltern sind, die nach dem 31. März 1921 aus Ostoberschlesien nach Deutschland eingewandert sind. Die Rückwanderungsbewegung dauert auch heute noch an. Im Jahre 1932

wanderten 3489 Personen aus Ostoberschlesien nach Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg zu, im Jahre 1933 waren es 4774 Personen.

Bezeichnend für die Struktur des ober-schlesischen Industriegebietes sind auch die das Schulwesen betreffenden Zahlen. Der Anteil der die Volksschule besuchenden Kinder an der Gesamtbevölkerung liegt in Hindenburg und Gleiwitz um fast die Hälfte und in Beuthen um etwa ein Drittel höher als im Durchschnitt der deutschen Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern. Die Versorgung der ober-schlesischen Städte mit Schulen und Lehrkräften entspricht aber nicht dieser höheren Anzahl der Schüler. Im Schuljahr 1933/34 wurde eine Volksschulklassen in Beuthen durchschnittlich von 52,9 Kindern besucht, in Gleiwitz von 48,0 und in Hindenburg von 48,5. Auf eine hauptamtliche Lehrkraft kamen im Schuljahr 1933/34 in Beuthen durchschnittlich 55,4 Kinder, in Gleiwitz 58,9 und in Hindenburg 50,5. Im Durchschnitt der deutschen Städte mit über 50 000 Einwohnern kamen auf eine hauptamtliche Lehrkraft dagegen nur 37,4 und auf eine Klasse nur 40,5 Schüler. Anders liegen die Verhältnisse in den mittleren und höheren Schulen. Diese werden in Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg verhältnismäßig schwächer als im Durchschnitt der Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern besucht. Der durchschnittliche Klassenbesuch, wie die durchschnittlich von einer hauptamtlichen Lehrkraft zu betreuenden Schülerzahl entspricht etwa dem Durchschnitt der Städte mit über 50 000 Einwohnern. Dieses an sich günstige Verhältnis ist jedoch weniger durch die gute Ausstattung der ober-schlesischen Industriestädte mit höheren Schultypen als auf die vergleichsweise geringe Inanspruchnahme dieser Schulen durch die Bevölkerung zurückzuführen.

Im ganzen ergibt sich aus all diesen Angaben kein erfreuliches Bild. Es ist im ober-schlesischen Industriegebiet auf sozialem und kulturellem Gebiete noch unendlich viel zu tun. Da bei der verhältnismäßigen Armut der Bevölkerung die Steuereinnahmen der Kommunen gering, die notwendigen Ausgaben aber um so höher sind, ist die Forderung der kommunalen Interessengemeinschaft für das ober-schlesische Industriegebiet, dem wirtschaftlich und politisch gleich wichtigen Grenzgebiet erhöhte staatliche Zuschüsse zu gewähren, durchaus berechtigt. Die nationalsozialistische Regierung ist daran gegangen, die Gefundung des unter den Unterlassungsünden der Vergangenheit wie unter dem Zerstörungswillen der Versailles Friedensmacher leidenden Gebietes nach großangelegtem Plane durchzuführen. An erster Stelle wird hier die bevölkerungspolitische Entlastung der drei überfüllten Großstädte in Angriff genommen werden.

Ostland-Woche.

Deutschland — Polen 5 : 2.

Der zweite Fußball-Länderkampf, den am 9. September die Nationalmannschaften von Deutschland und Polen im Warschauer Militärstadion vor 35 000 Zuschauern austrugen, wurde von Deutschland mit 5 : 2 überlegen gewonnen, nachdem zur Halbzeit der Stand des Spieles noch 1 : 1 gelaufen hatte. Wie schon im Dezember vorigen Jahres in Berlin, erwiesen sich die Polen nicht nur als beherzte, sondern auch in technischer Beziehung als hervorragende Kämpfer. Noch niemals wurden auf einer sportlichen Veranstaltung in Polen so viele Zuschauer gesehen, wie bei diesem deutsch-polnischen Wettkampf, der die erst seit kurzer Zeit bestehenden sportfreundlichen Beziehungen der beiden Nationen vertieft und gefestigt hat. Die Aufnahme der Deutschen ließ an Herzlichkeit nichts zu wünschen übrig. Bereits am Vortage hatte in Abwesenheit des auf dem Parteitag weilenden deutschen Gesandten von Moltke der Geschäftsträger Dr. Schliep die beiden Ländermannschaften und ihre Führer empfangen. Dem Spiel wohnten hohe polnische Würdenträger, die Führer der Sportverbände, der deutsche Geschäftsträger Dr. Schliep usw. auf der Ehrentribüne bei. In Sonderzügen waren etwa 10 000 Ostpreußen und Schlesier nach Polen gekommen, um den Kampf miterleben und den deutschen Spielern den Rücken stärken zu können. Die Deutschen ließen den Schlachtruf: „Nah, nah, nah Germania!“ machtooll über den Kampfsplatz brausen und standen an Lautstärke hinter den zahlenmäßig weitüberlegenen Polen kaum zurück. Der Länderkampf Deutschland—Polen ist mehr als ein bloßes sportliches Ereignis gewesen. Daß 10 000 Reichsdeutsche sich an einem Tage in der Hauptstadt Polens aufgehalten haben, ist seit dem Weltkrieg nicht mehr vorgekommen. Und daß der Sieg der deutschen Mannschaft bei aller Leidenschaftlichkeit, mit der die deutschen und die polnischen Zuschauer dem Spiele gefolgt sind und bei der bekannten Empfindlichkeit der Polen, die Sport und Politik sehr leicht miteinander vermengen, im allgemeinen in fairer Weise anerkannt und gerühmt worden ist, ist ein Beweis nicht nur sportlicher Einmütigkeit, sondern auch der politischen Entspannung auf polnischer Seite.

Die deutschen „Rüstungen“.

Der „Kurjer Późnanski“ ist über die deutsche „Ausrüstung“ vollkommen im Bilde. Er weiß „ganz genau“, über wieviel Mannschaften, Flugzeuge und sonstige kriegswichtige Dinge Deutschland verfügt. Am 11. September verrät er es seinen erschrockenen Lesern. Man höre: Deutschland soll gegenwärtig 300 000 Mann Reichsmehrsoldaten, 150 000 Schupoleute und 360 000 SL-Männer, insgesamt also 810 000 Mann unter Waffen haben.

„In wenigen Tagen“ können „ungeheure Reserven“ mobilgemacht werden. Die Luftflotte Deutschlands soll aus 2400 Kriegsflyern bestehen, und zwar aus 90 Geschwadern Verfolgungsflyern, von denen jedes aus 12 Maschinen besteht, 70 Geschwadern Bombenflugzeugen, jedes 9 Flugzeuge stark, 70 Beobachtungsgeschwadern, in gleicher Stärke, und 14 Wasserflugzeuggeschwadern. 24 Flugzeugfabriken sollen im Laufe eines Monats 2500 Flugzeuge herstellen können. In 31 Städten, schreibt der „Kurjer Późnanski“ weiter, beständen große Werke der Rüstungsindustrie, die jederzeit Kriegsmaterial herstellen könnten. In 15 Städten gäbe es Flugzeugfabriken, in acht Städten chemische Fabriken und der unmittelbaren Kontrolle des „Industriemobilmachungsamtes“ unterständen 34 chemische Fabriken. Auch daß Deutschland ein verhältnismäßig gut ausgestattetes Kraftfahrzeugwesen besitzt, erscheint dem polnischen Blatte verdächtig: 150 000 Lastautos (davon etwa 6000 mit elektrischem Antrieb), 522 000 Automobile und Traktoren, 374 000 Motorräder und 500 000 kleine Motorräder seien vorhanden und für Kriegszwecke verwendbar. Es folgen Angaben dann über die Autostrecken in Deutschland und ihre Transportfähigkeit. Und schließlich ist auch das deutsche Militärbudget der polnischen Aufmerksamkeit nicht entgangen. Es betrage 3929,3 Millionen Franken, während das französische Budget nur 3187,2 Millionen Franken betrage. Zu diesem im Budget des Reichswehrministeriums enthaltenen Ausgaben kämen dann noch die vielen im Haushalt anderer Ministerien versteckten militärischen Ausgaben hinzu. So seien im Budget des Reichsinnenministeriums Posten für „militärische Ausgaben“ (gemeint ist die Technische Nothilfe) vorhanden; daselbe sei im Budget des Reichsfinanzministeriums, des Reichslandwirtschaftsministeriums usw. der Fall. Alle diese Positionen zusammen sollen nach der Rechenkunst des „Kurjer Późnanski“ die Summe von 13 Milliarden Franken, die für Rüstungen und Kriegsvorbereitungen bestimmt sind, ergeben.

Die polnischen Kriegsverluste.

Kürzlich ist nach fünfjähriger Arbeit ein 1061 Seiten umfassendes „Verzeichnis der Verluste des polnischen Heeres“ („Wzrost strat wojacka polskiego“) erschienen, herausgegeben vom Heeresamt für Geschichte (Wojskowe Biuro Historyczne). Es enthält den Nachweis von 47 055 Gefallenen und Gestorbenen in den Kriegen des unabhängigen Polen vom Oktober 1918 bis zum Ende des Jahres 1920, und zwar an allen Fronten. Nicht enthalten sind in dieser Zahl die Verschollenen, deren Tod sich amtlich nicht feststellen ließ. Dieses Verzeichnis der Verluste des polnischen Heeres ist, wie die polnische Presse hervorhebt, einzig in seiner Art.

Das vierte und fünfte Opfer Zyrardows.

Zyrardow hat weitere Opfer gesordert: Nach Lednicki, Matuszewski und Dobiecki ist jetzt Graf Heinrich Potocki über Zyrardow gestürzt. Er wurde am 6. September verhaftet, nachdem er kurz vorher schon den Vorsitz im Polnischen Roten Kreuz niedergelegt hatte. Er wurde von dem aus dem Brester Prozeß bekannten Untersuchungsrichter Demant vernommen und dann sofort ins Untersuchungsgefängnis abgeführt. Graf Potocki war der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Zyrardower Textilwerke. Er gehörte zu den zahlreichen Trägern historischer polnischer Namen, mit denen Schieber und Gauner in Polen schon so oft ihre dunklen Geschäfte zu tarnen verstanden. Es wird, wie verlautet, Anklage nach Artikel 269 des neuen Strafgesetzbuches gegen ihn erhoben werden, der diejenigen mit Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren bedroht, die in ihrer Eigenschaft als Vertreter bestimmter Vermögensinteressen anderer Personen zu deren Schaden handeln. Graf Potocki war in der Vorkriegszeit polnischer Abgeordneter in der russischen Duma und damals Gründer der „Partei für Realpolitik“. Im neuen Polen stand er stets an der Spitze der polnischen Konservativen und ging mit diesen im Jahre 1928 ins Pilsudskilager über. Er ist Mitglied des Aufsichtsrats zahlreicher großer industrieller Unternehmungen und u. a. auch Mitglied des Präsidiums der „Alliance Française“ in Warschau. Für die konservative Gruppe im Regierungsblock ist die Affäre Potocki ein schwerer Schlag.

Als Fünfter steht Senator Targowski auf der Liste der Opfer Zyrardows. Er hat in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Regierungsklubs, Oberst Slawek, darum gebeten, seine Tätigkeit als Verwaltungsmittglied der Zyrardower Werke durch das Klubgericht prüfen zu lassen. Zugleich hat Targowski bis zur vollkommenen Klärung des Falles das Amt als Leiter der Senatorengruppe des Regierungsblocks niedergelegt. Die polnische Presse beschäftigt sich nach wie vor eingehend mit der Zyrardower Affäre. Interessant ist dabei die Feststellung, daß der Fall nicht nur als eine Auseinandersetzung mit französischen Kapitalinteressen, sondern immer stärker auch als eine innerpolitische Aktion gegen die bisher sehr einflussreichen konservativen Kreise des Regierungsblocks aufgefaßt wird.

Juden unerwünscht.

Kürzlich hatte sich die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ dagegen gewandt, daß die polnischen Behörden nichts gegen die Rückwanderung der Juden aus Deutschland nach Polen unternehmen. Unmehrer beschäftigte sich auch der „Kurjer Warszawski“ mit dieser Frage. Senator Koskowiński protestiert in einem „Warum gerade wir?“ überschriebenen Artikel gegen die den Juden von der polnischen Regierung gegebene Zusage, dem Aufenthalt der jüdischen „Rückwanderer“ in Polen auch weiterhin keine Schwierigkeiten bereiten zu wollen. „Sollen wir Polen vielleicht zusammen mit einigen anderen Ländern die ersten Kosten des deutschen Antisemitismus bezahlen?“ fragt Senator Koskowiński. Man müsse wegen der aus Deutschland kommenden Juden besorgt sein. Es entstehe ein sehr ernstes Problem. Der Antisemitismus nehme in breiten Kreisen des polnischen Volkes zweifellos zu. Müßte man da die Judenfrage noch weiter verschärfen? Es sei paradox, wenn man einerseits die Auswanderung nach Palästina unterstütze und andererseits neue Juden ins Land hereinlasse. Die polnischen Konsuln im Orient hielten feurige Reden zu Ehren Palästinas, denn sie hofften, wenigstens ein kleiner Teil der Juden werde Polen verlassen. Gleichzeitig aber erleichterten die polnischen Konsuln in Westeuropa den deutschen Juden die Einreise nach Polen. Man könnte einwenden, daß, wo 3 Millionen Juden seien, noch einige tausend neue keine große Rolle spielten. Aber es gebe in Polen nicht einmal für die polnischen Rückwanderer Arbeit, die aus fremden Ländern in ihr Vaterland zurückkehren müssen. Es gebe in Europa Länder, die bedeutend reicher als Polen seien, in denen geringere Arbeitslosigkeit herrsche, und die weit weniger Juden beäßen. Diese sollten ihre Tore gastfrei öffnen. Warum solle Polen auch heute wieder, wie seit Jahrhunderten, die Kosten des spanischen, deutschen, russischen und englischen Antisemitismus bezahlen?

Polnische Mütter gegen jüdische Lehrer.

In Pomża (Kongreßpolen) veranstalteten zu Beginn des neuen Schuljahres am 31. August die christlichen Mütter eine judenfeindliche Kundgebung. Die Lehrkräfte der Schulen dieser Stadt rekrutieren sich hauptsächlich aus Juden. Nachdem die christlichen Erziehungsberechtigten früher schon mehrfach erfolglos gegen die Anstellung von jüdischen Lehrern in christlichen Schulen protestiert hatten, begaben sich jetzt 400 christliche Mütter in das Schulinspektorat und forderten die Entlassung der jüdischen Lehrer.

Danziger Sparmaßnahmen.

Im Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig veröffentlichte der Senat eine Verordnung über die Feststellung der Staatshaushalts der Freien Stadt für das Rechnungsjahr 1934. Der festgestellte Haushaltsplan weist auf der Einnahmen- und Ausgabenseite im ordentlichen Etat eine Summe von 121 367 290 Gulden, im außerordentlichen eine Summe von 108 510 Gulden an Einnahmen und Ausgaben auf. Die Verordnung enthält die Bestimmung, daß

der bisher gezahlte sechsprozentige Ausgleichszuschlag für alle Staatsbediensteten auf $\frac{1}{2}$ v. H. herabgesetzt wird und so dem Staat eine wesentliche Ersparnis seiner Verwaltungsunkosten ermöglichen wird. Der Zwang zur Sparsamkeit kommt weiter in einer Verordnungsbestimmung zum Ausdruck, daß beim Freiwerden von Beamten- und Angestelltenstellen in der gesamten staatlichen Verwaltung mindestens jede zweite freiwerdende Stelle, mit Ausnahme der leitenden, einzusparen ist. Ferner wird in der Verordnung der Senat ermächtigt, schwebende Schulden der Durchführung der durch den Haushaltsplan genehmigten und begrenzten Aufwendungen aufzunehmen und zur Beseitigung von Notständen Garantien bis zum Höchstbetrage bis zu sechs Millionen, vorbehaltlich der Zustimmung des Finanzrates, zu übernehmen, sofern ein öffentliches Interesse vorliegt.

Hindenburgs Grabstätte.

Nachdem die Bevölkerung mehrere Wochen lang freien Eintritt in das Tannenberg-Nationaldenkmal hatte, um zum Sarge des verewigten Reichspräsidenten und Feldmarschalls von Hindenburg zu wallfahren, ist vom 1. September ab der Denkmalsehnenhof wieder nur gegen Eintrittskarte zu betreten. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfg. für Erwachsene und 10 Pfg. für Kinder. Die so vereinnahmten Beträge werden weiter zum Ausbau des Denkmals verwendet. Der Einlaß ist mit Rücksicht auf die Ruhestätte Hindenburgs neu geregelt. Führungen finden stündlich zwischen 9.00 und 18.00 Uhr statt. Im Verlaufe der Führung schreiten die Besucher auch am offenen Giebel des Turms vorüber. An Stelle des einzogenen Militärpfortens verläßt jetzt Gendarmarie allein die Wache. Die während der Beisetzungsfeierlichkeiten unterbrochenen Bauarbeiten sind bereits wieder aufgenommen worden. Alle Türme erhalten an Stelle der bisherigen Notdächer endgültige Bedachungen; außerdem werden die Umgänge abgedichtet. Auch wird der innere Ausbau des Feldherrn- und Soldatenturmes in Angriff genommen werden. Die Arbeiten zur Herstellung der Feldmarschallgruft können erst begonnen werden, wenn der endgültige Entwurf vorliegt.

Warenzeichen für polnische Erzeugnisse.

Die polnische Regierung plant die Einführung eines Warenzeichens für polnische Erzeugnisse. Die in Vorbereitung befindliche Verordnung soll folgende grundlegenden Bestimmungen enthalten: Die polnischen Fabrikanten, die ihre Erzeugnisse mit dem polnischen Warenzeichen versehen wollen, werden an der hierfür bestimmten Stelle bei der Anmeldung anzugeben haben, welchen Prozentanteil am Fabrikpreis die aus dem Ausland bezogenen Rohstoffe oder Halbfabrikate und die sonstigen Hilfsmittel (Verpackung usw.) haben. Die Berechtigungsverteilung wird von einem Ausschuss vorgenommen, der aus Vertretern der Selbstverwaltungskörper der Wirtschaft sowie wissenschaftlichen Vertretern der Technik und der Volkswirtschaft besteht. Nur Waren, bei denen der in Polen bezahlte Arbeitslohn, polnische Rohstoffe und Halbfabrikate, Verpackung usw. mindestens 50 v. H. des Fabrikpreises betragen, erhalten das polnische Warenzeichen zuerkannt. Ausnahmen werden nur bei solchen Waren gemacht, deren Rohstoff oder Halbfabrikat in Polen nicht erzeugt wird und der 50prozentige Anteil an den Selbstkosten dadurch nicht erreicht werden kann.

Polnischer Wein.

Die Herstellung von Obstweinen wird in Polen u. a. im Polener Gebiet schon seit langem betrieben. Aus Trauben gekelterter Wein wurde aber im Lande selbst bisher noch nicht gewonnen, und da die ausländischen Weine mit hohen Zöllen belegt sind, ist der Weingenuß in Polen ein nur wenigen Begüterten beschiedener Vorzug. Nun sind in Polen die ersten Anfänge des Weinbaues und der Weinbereitung geschaffen worden, und auf der diesjährigen Lemberger Herbstmesse werden zum ersten Male Weine angeboten, die von der Traube bis zum fertigen Flaschenwein ein eigenes Landeserzeugnis sind. Das polnische Weinland befindet sich in der südöstlichen Ecke Polens nahe der rumänischen Grenze. Es liegt ungefähr auf derselben geographischen Breite wie das Tokayer Gebiet in Ungarn. In einem nach Süden geöffneten Seitental des Dniestr sind hier an den Hängen einige Weinpflanzungen angelegt worden, die zunächst erst eine Fläche von rund 100 Hektar haben und mit 400 000 Weinstöcken besetzt sind. Die Pflege der Weinpflanzungen soll nach ungarischen und französischen Vorbildern ausgeführt werden sein. Die Verarbeitung erfolgte im Zusammenwirken mit einer Lemberger Weinhandelsfirma. Man darf auf das Ergebnis der ersten Weinproben gespannt sein. Wenn auch einstweilen der eigene Wein im polnischen Wirtschaftsleben noch keine wesentliche Rolle spielen wird, so wird man doch nach den Ergebnissen der ersten Versuche ein Urteil gewinnen können, ob eine weitere Ausdehnung des Weinbaues in Ostgalizien lohnend erscheint.

Blitzzüge nach Gdingen.

Das Warschauer Verkehrsministerium hat beschlossen, im kommenden Jahr einen beschleunigten Personenerkehr mit Gdingen einzurichten. Und zwar sollen auf der Strecke Warschau-Gdingen zwei Paar Blitzzüge verkehren, deren mittlere

Stundengeschwindigkeit 140 km betragen soll. Schon jetzt wird mit dem Umbau des Bahnkörpers auf der Linie Warschau—Gdingen begonnen werden, damit er im nächsten Jahr mit der angegebenen Geschwindigkeit befahren werden kann. Im Laufe des Winters wird ein für den Blitzverkehr besonders konstruierter Typ leichter, schneller Lokomotiven gebaut werden, ebenso besondere, in Stromlinienform gebaute Eisenbahnwagen. Die Blitzzüge werden jeweils aus nur drei Wagen und der Lokomotive bestehen. Das eine Zugpaar wird von Warschau über Rutno, Thorn, Bromberg und Dirschau nach Danzig und Gdingen fahren und wird für diese Reise einschließlich der Haltezeiten an den genannten Stationen ungefähr $4\frac{1}{2}$ Stunden brauchen. Das zweite Zugpaar wird seinen Weg über Rutno, Mlawka, Nakowice, Ostpreußen und Dirschau nach Gdingen nehmen, nur in Rutno halten und die Reise in $3\frac{1}{2}$ Stunden zurücklegen. Von Lodz wird man Anschluss an beide Züge in Rutno haben.

Die amerikanischen Polen.

Im Polnischen Institut für Zusammenarbeit mit dem Ausland hielt kürzlich der Direktor der Rosciuszko-Stiftung, Prof. Meerzwa, einen Vortrag über die Polen in den Vereinigten Staaten. Er führte darin, einem Bericht des „Kurjer Warszawski“ zufolge, u. a. aus: Die polnische Emigration in den Vereinigten Staaten könne man nach dem Grad ihrer Verbundenheit mit Polen, grob gesprochen, in zwei Teile: in die in Polen und die in den Staaten Geborenen, teilen. Im Jahre 1930 machten die ersteren rund 35, die letzteren 65 o. H. des amerikanischen Polentums aus. In ungefähr 15 bis 20 Jahren werde die erstere Kategorie nicht mehr existieren. Das amerikanische Volk sei ein Völkergemisch. Jede Volksgruppe steuere ihre eigene Kultur bei. Der polnische Emigrant sei in der Regel in der traurigen Lage gewesen, daß er nichts nach Amerika mitbrachte außer der Erinnerung an die Not, die ihn aus der Heimat vertrieben hatte. Man dürfe sich daher nicht wundern, daß der Pole relativ leicht der Amerikanisierung erlag. Doch zeigte sich hier eine interessante paradoxe Erscheinung. In dem Maße, wie der Pole sich amerikanisierte, polonisierte er sich, denn er erhebe sich auf ein höheres Zivilisationsniveau und beginne seine eigene Volkskultur zu verstehen. Die Jugend polnischer Abstammung dränge sich zu Studien in Polen. Die Organisation dieses Juges nach Polen in großem Ausmaße sei die festeste Brücke zwischen den Vereinigten Staaten und Polen. Diese Brücke baue die 1925 gegründete Rosciuszko-Stiftung, deren Tätigkeit den Zweck verfolge, einen möglichst weitgreifenden Kontakt kultureller Art zwischen Polen und den Staaten herzustellen, und zwar durch dauerndes Herüberholen von Professoren und anderen auf kulturellem Gebiet Tätigen nach USA., sowie durch Entsendung amerikanischer Jugend zu Studien nach Polen.

Der Fall Pleß verurteilt.

Auf der Tagesordnung der Ratssitzung vom 8. September stand als wichtigster Punkt die Beschwerde des Prinzen von Pleß. Zweifellos handelt es sich hierbei um eine Frage von höchster Dringlichkeit, weil ja schon der 11. September als Termin für die polnischen Maßnahmen festgesetzt worden war. Dem Völkerbund sind jedoch dringliche Angelegenheiten von jeher besonders peinlich gewesen. Und es wäre geradezu erstaunlich gewesen, wenn sich diese Senfer „Friedensinstitution“ im Falle Pleß einmal zu besonderer Eile aufgegriffen hätte. Die Frage wurde von der Tagesordnung abgesetzt und damit den Polen freie Hand in der weiteren Zerstörung der Pleßschen Unternehmungen gelassen. Der Grund hierzu ist sehr wahrscheinlich darin zu suchen, daß Frankreich und seine Genossen sich Polen gegenüber einmal zuvorkommend erweisen wollten, um sich von diesem in gewissen anderen Fragen Zusagen machen zu lassen.

Freispruch im Volksbündnisprozess.

Vor dem Bezirksgericht in Königshütte wurde am 7. September gegen 20 Mitglieder der sogenannten Volksbündnisjugend aus verschiedenen Orten der Umgegend von Königshütte verhandelt, die der Geheimbündelei angeklagt waren. Dem Hauptangeklagten, Erwin Mainka, wurde zur Last gelegt, zu Anfang des Jahres 1933 in Lipine, Schleifengrube und Hohenlinde Abteilungen der sogenannten Volksbündnisjugend unter der Bezeichnung „Wandergruppe“ organisiert und geleitet zu haben. Die Versammlungen dieser Gruppen seien vor der Behörde geheimgehalten worden, und man habe zu diesem Zweck Horthosten aufgestellt. Die anderen 19 Angeklagten waren als Teilnehmer an diesen angeblichen geheimen Veranstaltungen mitangeklagt. Mainka bestritt entschieden, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben. Es habe sich vielmehr, so führte er aus, um eine durchaus legale Tätigkeit gehandelt. Die Volksbündnisjugend sei keine besondere Vereinigung gewesen. Sie habe sich ihren Namen nicht einmal selbst beigelegt, sondern ihn von der Polizei beigelegt erhalten. Es habe sich

überhaupt um keine Organisation gehandelt, da weder Satzungen noch ein Vorstand noch ein Mitgliederverzeichnis vorhanden waren, sondern lediglich um zwanglose Gruppen von jungen Leuten, durchweg Mitglieder des Volksbundes, die sich zu Ausflügen und Wanderungen zusammaten. Bei den Vorbegehungen hätten sie bei offenen Fenstern deutsche Lieder gesungen, und bei den Wanderungen seien sie an öffentlichen Gebäuden vorbeigezogen, so daß von einer Geheimhaltung nicht die Rede sein kann. Entsprechende Angaben machten auch die anderen Angeklagten. Als Belastungszeuge trat lediglich ein Polizeibeamter auf, der aber selbst zugeben mußte, daß die eingeleiteten Ermittlungen nichts Positives ergeben hätten. Trotz des mangelhaften „Beweismaterials“ beantragte der Staatsanwalt Verurteilung aller Angeklagten. Das Gericht schloß sich jedoch seinem Antrag nicht an, sondern verneinte die Schuldfrage und sprach sämtliche Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei. Das Gericht erkannte auch an, daß einige Widersprüche, die sich bei der Vernehmung der Angeklagten ergeben hätten, aus ihrer unzureichenden Beherrschung der polnischen Sprache zu erklären seien.

Graf Neden unbeliebt.

Nachdem vor kurzem erst in Tarnowitz die zu Ehren des Begründers des oberschlesischen Bergbaues, des Grafen Neden, benannte Straße umgetauft worden ist, ist nun auch Bismarkhütte diesem „patriotischen“ Beispiel gefolgt. Der Bürgermeister begründete diese Maßnahme damit, daß „von verschiedenen Seiten“ (leider sagte er nicht, welche Seiten das sind) der Name Nedenstraße beanstandet worden sei, und daß jedes Volk die Straßen nach seinen Helden zu benennen pflege. Daß Graf Neden durch seine Verdienste um den oberschlesischen Bergbau sich nicht nur in der deutschen, sondern auch in der oberschlesisch-polnischen Bevölkerung ein bleibendes ehrendes Andenken gesichert hat, scheint diesen „verschiedenen Seiten“ nicht zu Bewußtsein gekommen zu sein. Die Tatsache, daß Neden ein Deutscher und dazu noch ein Beamter Friedrichs des Großen gewesen ist, scheint ihnen zu genügen, um ihn von der Liste der zu ehrenden Helden zu streichen. Ein charakteristisches Armutszeugnis, wie es nur bei landfremden Zuzüglern aus dem Osten möglich ist.

Die neuen Glocken der evangelischen Kreuzkirche in Posen.

Die in der Glockengießerei der Danziger Werft Ende Juli gegossenen drei neuen Glocken der evangelischen Kreuzkirche sind am 7. September unterfeiert in Posen eingetroffen und im Vorraum der Kirche aufgestellt worden, damit die Gemeinde sie vor der Weihe noch in Augenschein nehmen kann. Die Glockenweihe wird voraussichtlich am Sonntag, dem 23. September, im Hauptgottesdienste stattfinden. Als musikalische Nachfeier soll das Kirchenkonzert des Berliner Staats- und Domchors gelten, das voraussichtlich am Sonntag darauf, am Erntedankfest, dem 30. September, in der Kreuzkirche abgehalten werden soll. Die Kreuzkirche hat nun endlich einen Ersatz für die alten Glocken erhalten, die von 1787 bis 1917 der Gemeinde ihren Dienst geleistet hatten, bis sie, mit Ausnahme der kleinsten, wie die meisten anderen Kirchenglocken in Deutschland während des Weltkrieges eingezogen werden mußten. Die neuen Glocken sollen eine Gabe der Gemeinde zum 150jährigen Bestehen der am 5. März 1786 geweihten Kreuzkirche sein.

Etwa ein Drittel der Gesamtkosten der Glockenbeschaffung, zu denen die Gemeinde nun schon jahrelang durch Spenden und Sammlungen gespart hat, ist noch unge deckt. Deshalb wären Spenden von Seiten der vielen alten Freunde des schönen Gotteshauses, die ihre Liebe zu diesem Feinwerk bei dem Wiederaufbau in so reichem Maße bewiesen haben, auch diesmal herzlich erwünscht. Gaben in jeder beliebigen Höhe werden erbeten auf das Postcheckkonto der Evangelischen Kreuzkirchengemeinde, Breslau 134 10.

Der Präsident des Danziger Hafenausschusses.

Der vor drei Jahren zum Präsidenten des Hafenausschusses gewählte Schweizer Dr. Benziger, dessen Amtszeit am 1. Oktober abließ, hat den Wunsch, in den schweizerischen Staatsdienst zurückzutreten. Infolgedessen haben sich Danzig und Polen auf einen Nachfolger geeinigt, der diesmal zum ersten Male kein Schweizer, sondern ein Holländer, Dr. Nedderbragt, ist. Dieser war bisher der Chef der Wirtschafts- und Konsular-Direktion beim Königlich Niederländischen Ministerium des Äußern im Haag. Dr. Nedderbragt, der die deutsche Sprache ausgezeichnet beherrscht, ist mit den Danziger Verhältnissen bereits vertraut; denn er ist wiederholt für den Völkerbund als Sachverständiger in Danzig-polnischen Wirtschafts- und Zollfragen in Danzig tätig gewesen und hat wiederholt in Streitfragen grundlegende Gutachten abgegeben. Dr. Nedderbragt wird von beiden Staaten als unparteiische Persönlichkeit geschätzt. So daß es nicht schwer fiel, eine Einigung über seine Person auf den Posten des Hafenausschuss-Präsidenten zustande zu bringen.

Besucht in den Ferien den Deutschen Osten

Die Polen in Deutschland.

Das Reichserbhofgesetz und die Polen.

Von polnischer Seite ist in letzter Zeit des öfteren gegen die Anwendung des Reichserbhofgesetzes auf diejenigen deutschen Staatsangehörigen protestiert worden, die sich zum polnischen Volkstum bekennen. Den Einspruch eines dieser Polen gegen die Eintragung seines Bauernhofes in die Erbhofsrolle hat das Landeserbhofgericht in Celle nunmehr zum Anlaß einer grundsätzlichen Klärung genommen. Der betreffende Pole hatte seinen Einspruch damit begründet, daß er als slawischen Blutes und slawischer Abstammung nicht unter das Erbhofgesetz, das fremdes Blut ausschließe, falle. Es kam also auf eine Definition des Abstammungs- und Blutbegriffes an, wie er im Erbhofgesetz angewendet wird. Nun heißt es in der Präambel des Reichserbhofgesetzes zwar: „Die Reichsregierung will, unter Sicherung alter deutscher Erbsitte, das Bauerntum als Blutquelle des deutschen Volkes erhalten.“ Zum Begriff „deutsch“ sagt aber das Gesetz ausdrücklich, daß den Deutschen diejenigen gleichgestellt werden, die stammesgleichen Blutes sind. Was unter „stammesgleichem Blut“ zu verstehen sei, wird im Gesetz nicht definiert. Das Erbhofgesetz sagt nur negativ, daß „stammesgleich“ derjenige nicht ist, der unter seinen Vorfahren jüdisches oder farbiges Blut hat. Trotzdem wäre es nach Ansicht des Gerichts irrig, anzunehmen, daß alles andere Blut, soweit es weder jüdisch noch farbig ist, stammesgleich sei. Stammesgleich sind, so sagt die Entscheidung, „nur diejenigen Völker, die in geschlossener Volkstumsiedlung seit geschichtlicher Zeit in Europa beheimatet sind“. Demnach sei der Slawe im Sinne des Erbhofgesetzes stammesgleich; der Grundstückseigentümer, der zum slawischen Volkstum gehöre, sei also bauernfähig. Schließlich unterstreicht das Gericht noch, daß das Gesetz nur zum Schutz und Nutzen des Bauern geschaffen wurde, und daß der Ton nicht so sehr auf „deutsch“, wie auf „Bauerntum“ liege. In einer kritischen Anmerkung zu dem Urteil stellt Ministerialrat Dr. Vogels fest, daß Deutschland sich einer Verletzung des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien schuldig gemacht haben würde, wenn es bei Durchführung des Erbhofgesetzes im ehemaligen obereschlesischen Abstammungsgebiet einen Unterschied zwischen deutschen Staatsangehörigen des deutschen Stammes und solchen polnischen Stammes hätte machen wollen. Vorausichtlich wird sich mit dieser Frage noch einmal das Oberste Erbhofgericht befassen.

Die polnische Mittelschule in Beuthen.

Unter der Überschrift „Polenfeindliche Schikanen“ brachte der „Kurjer Warszawski“ am 10. September eine Notiz, derzufolge das Preussische Unterrichtsministerium dem polnischen Privatschulwesen in Beuthen die Öffentlichkeitsrechte abgesprochen haben sollte. Deutschland, heißt es weiter, habe dieses Vorgehen damit be-

gründet, daß die Visitation des Gymnasiums zwar günstig ausgefallen sei, im Lehrplan die Geschichte und Geographie Polens aber allzu große Berücksichtigung finde. Das Blatt knüpft die völlig unbegründete Bemerkung daran, daß es „den preussischen Behörden offensichtlich nur auf einen Vorwand angekommen sei, dem einzigen polnischen Gymnasium in Deutschland die Öffentlichkeitsrechte zu nehmen und damit die weitere Entwicklung dieser einzigen polnischen Mittelschule in Deutschland zu verhindern“.

Dazu ist folgendes zu sagen: Die polnische Mittelschule mit gymnasialem Lehrplan, die in der Notiz des polnischen Blattes irrtümlicherweise als „Gymnasium“ bezeichnet wird, hat bisher überhaupt noch keine Öffentlichkeitsrechte besessen. Diese Rechte können ihr also auch nicht entzogen worden sein. Die Schule hat vielmehr ebenso, wie das auch bei jeder deutschen privaten Mittelschule der Fall ist, eine Probezeit abzu-legen, ehe darüber entschieden werden kann, ob sie die beanspruchten Öffentlichkeitsrechte erhalten kann oder nicht. Diese Probezeit aber läuft für die polnische Mittelschule in Beuthen frühestens im Herbst nächsten Jahres ab. Die deutschen Behörden haben die polnische Schulleitung allerdings darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn diese Wert auf die Zuerkennung der Öffentlichkeitsrechte legt, auf die Behandlung der Geschichte und Geographie Deutschlands größerer Nachdruck gelegt werden müsse als bisher, wo Deutschland im Geschichts- und Erdkundeunterricht noch stark hinter Polen zurücktritt. Wenn die deutschen Behörden diese Bedingung stellen, so tun sie nur daselbe, was die polnischen Schulbehörden den deutschen Gymnasien und anderen höheren Schulen gegenüber auch tun, indem sie entsprechend eine Vorzugsbehandlung der Geschichte und Geographie Polens im Unterrichtsplan dieser deutschen Lehranstalten verlangen. Der „Kurjer Warszawski“ hat in seiner Notiz also die Lage der Dinge verkehrt und entstellt wiedergegeben. Die Frage der Öffentlichkeitsrechte für die polnische Mittelschule in Beuthen wird, wie gesagt, erst im nächsten Jahre akut.

56 Polen aus Deutschland zur Schulung in Polen.

In Thorn fand ein von der „Gesellschaft zur Hilfeleistung für polnische Kinder und Jugendliche in Deutschland“ veranstalteter Kursus statt, an dem 56 Polen aus Westfalen und Rheinland teilnahmen. Durch drei Wochen wurden die Teilnehmer für ihre Arbeit in Deutschland auf „kulturellem und sozialem Gebiete“ geschult. Der Lehrgang für die Polen aus Deutschland fand lebhafteste Unterstützung durch den Wojewoden von Pommern und eine ganze Anzahl von Landräten. — Wann werden einmal Schulungskurse für die Deutschen aus Polen im Reiche stattfinden, ohne daß den Teilnehmern nach ihrer Rückkehr nach Polen Schwierigkeiten daraus erwachsen?

System und Bewegung im baltischen Deutschtum.

Es ist an dieser Stelle schon wiederholt davon die Rede gewesen, daß sich an der Weltanschauung Adolfs Hitlers nicht nur die Geister im Reich, sondern auch in allen deutschen Volksgruppen im Auslande geschieden haben. Während jedoch das Kernvolk nach Gewinnung eines Großteils der ursprünglichen Widerfacher des Nationalsozialismus und ihre Eingliederung in die Volksgemeinschaft als eine geeinte Nation dasteht, stehen die Volksgruppen noch immer im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen dem Neuen und dem Alten. Die Kluft zwischen hüben und drüben hat sich vertieft, der beginnende Integrationsprozeß, der auch hier zu der von allen Volksgenossen herbeigewünschten Einheit führen soll, ist vorerst nur für einen sehr scharfen Blick erkennbar. Innerhalb der deutschen Volksgruppen in den baltischen Ländern hat man sich daran gewöhnt, die beiden Lager als Bewegung und System zu bezeichnen. Das System ringt um seine umstrittene Führerstellung. Gestützt auf ihre vermeintlichen Verdienste in der Vergangenheit klammern sich die Systemmänner mit Zähnen und Krallen an die Führung, die sie schon längst nicht mehr besäßen, ginge es nach dem Willen der Volksgruppenmehrheit. Die Bewegung fordert die Befestigung der Ewig-Gestrigen um jeden Preis, da nur die neuen Ideen allein zur Führung berufen seien. Der Kampf zwischen Bewegung und System wird mit ungleichen Mitteln geführt. Auf der einen Seite verfügt man über eine immerhin beachtenswerte Reihe von politischen Routiniers, die, mit allen Wassern gewaschen und nicht allzu peinlich in der Wahl ihrer Mittel, sich ihren Widersachern von der Bewegung auf dem Kampfplatz parlamentarischer Gremien oftmals überlegen gezeigt haben. Dazu kommen die weitgehende Unterstützung interessierter volksdeutscher Wirtschaftskreise, zahlreiche Beziehungen und Verbindungen zu einflussreichen Personen und Stellen im Lande und jenseits der Landesgrenzen. Und endlich — last not least — die stillschweigende Billigung der Staatsmacht. Die Kämpfer der Bewegung haben gegen diese formidable Position nichts anderes einzusetzen als gläubigen Fanatismus, ungebrochenen Kampfeswillen und unerschütterliche Siegeszuversicht. In den Reihen dieser Jugend ist das unbändige Vorwärtstreiben mit reichlichem Können gepaart, das der Leistungsprobe entgegenbringt. Die ausgesprochen ablehnende Einstellung der Staatsgewalt kann die Bewegung nicht beirren, ist sie sich doch dessen bewußt, daß sie dem Staate letzten Endes mehr zu-

bieten hat, als das System. Nur die Grundprinzipien der Bewegung für das Zusammenleben zweier Nationalitäten in einem Raum garantieren den tatsächlichen und dauernden inneren Frieden. Auch der verstockteste und böswilligste Gegner wird diese Wahrheit zuletzt einsehen müssen.

So wie das Deutschtum im Baltikum 700 Jahre heimatberechtigt gewesen ist, so wird es auch noch weitere 700 Jahre allen Gewalten zum Trotz seine Sendung im Osten erfüllen. Der heutige Zwist in den deutschen Volksgruppen ist notwendig, damit eine neue Form gefunden wird, um dieser Sendung gerecht zu werden. Die alten Formen sind zerfallen und eine Rückkehr zu ihnen gibt es nicht. Wenn der innere Kampf als Etappe zu neuer Gestaltung reiflos bejaht werden muß, so gilt das gleiche keineswegs für einzelne Methoden, mit denen der Kampf auf Seiten des Systems geführt wird. Der Kampfplatz, auf dem Bewegung und System aufeinander treffen, sind nicht nur die einzelnen Gremien und Organisationen der Volksgruppen, sondern vor allem auch die Presse. So lange es in Riga und in Reval eine Presse der Bewegung gab, spielte sich die Pressefehde unter Bedingungen ab, wie sie bei derartigen Auseinandersetzungen stets und überall anzutreffen sind. Darauflosstürzen der Jugend, oft verärgerte, immer aber irgendwie lahme und um den Kern der Dinge herumredende Abwehr der Alten. Der durch die Bewegungspresse entfachte frische Luftstrom wirkte befreiend in der stickigen Atmosphäre der Systemherrschaft und hat den Staub von Jahrhunderten aus so manchem vergessenen Winkel herausgefegt. Das wurde mit einem Schlage anders, als die Presse der Bewegung zunächst in Estland, dann auch in Lettland dem Verbot zum Opfer fiel. Hier wie dort war mit einem Schlage jede Erörterung über die von der Bewegung auf die Tagesordnung gesetzten Lebensfragen der Volksgruppe abgeschnitten. Die Systempresse hat seitdem alles, was irgendwie an das Vorhandensein der Bewegung auch nur entfernt erinnern könnte, systematisch totgeschwiegen.

Der Angriff auf die Bewegung, den das System nunmehr feinerseits gegen die mundtotgemachte Bewegung vorzutragen begann, bediente sich nicht der eigenen heimischen Presse, sondern der des deutschen Auslandes, in erster Linie also der reichsdeutschen Presse.

Die althergebrachten Beziehungen des Systems zu einem Teil der binnendeutschen Öffentlichkeit wurden dazu benutzt, um die Bewegung der baltischen Deutschen als ein Unternehmen verantwortungsloser politischer Unmündiger zu denunzieren, die ihren Volksgruppen nichts als schwere Schäden zugefügt hätten. Gleichzeitig war man bestrebt, durch geschickt untergebrachte Zeitungsartikel, meist von den est- oder lettlandischen Berichterstattern der betreffenden Zeitung gezeichnet, in den reichsdeutschen Leserkreisen Nachrichten und Auffassungen zu verbreiten, die gänzlich abwegige Vorstellungen über die Zustände in den einzelnen Volksgruppen vermitteln. Um die eigentliche Einstellung und Herzensüberzeugung der Skribenten dieser Beiträge zur Kenntnis des Baltikums oder dem binnendeutschen gutgläubigen Leserpublikum zu tarnen, stellen sich diese dabei zumeist als Anhänger der Bewegung vor, die ja eigentlich das ganze baltische Deutschtum umfasse, aber wohl zu unterscheiden sei von „einer wenig zahlreichen und gänzlich einflusslosen Elitè“, die wohl die Bezeichnung „Bewegung“ für sich allein in Anspruch nähme, aber nichts anderes sei, als nur der radikale Flügel der Bewegung. Über die Rückschläge, die das baltische Deutschtum in der jüngsten Vergangenheit erlitten hat, werden dabei stets einige Krokodilstränen vergossen, wobei aber nie vergessen wird, hinzuzusetzen, daß diese Rückschläge lediglich durch „die unreife, radikale Politik“ eben dieses Flügels der Bewegung entstanden seien. Die alle Kreise des Deutschums, auch die maßgebenden, darunter selbstverständlich auch den Artikelschreiber, umfassende „wirkliche“ Bewegung stehe auf dem gleichen weltanschaulichen Boden, wie das Binnendeutschtum von heute, selbstverständlich mit einigen, durch das baltische Sonderdasein bedingten Abweichungen und Ausnahmen.

Ein Beispiel für viele: Ein Artikel in der „Schlesischen Tageszeitung“ (vom 17. Mai 1934) sagt z. B. wörtlich: „Viele der herrlichen Ideen, die das deutsche Volk ergriffen, fanden hier (d. h. im Deutschum Estlands) begeisterten Widerhall, wie die der moralischen Wiedergeburt, der Führerverantwortlichkeit und der Hingabe ans Volk. Andere Seiten, etwa die Behandlung der Judenfrage, werden abgelehnt.“ Man beachte, daß es nur ganz allgemein, wohl von jeder „wohlmeinenden“, nationaleingestellten Richtung vertretene Gemeinplätze sind, die angeblich „begeisterten Widerhall“ gefunden haben, während spezifisch nationalsozialistisches Gedankengut „abgelehnt wird“. Abgelehnt wird auch von diesen Tageszeitschriftstellern die in der deutschen Presse zum Schaden ihrer baltischen Volksgenossen ihr Wesen treiben, jegliche innere weltanschauliche Auseinandersetzung innerhalb der Volksgruppe. Im Namen der Geschlossenheit des Deutschums wird dem Verkleistern der bestehenden Gegensätze das Wort geredet. So lesen wir in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ (vom 8. Juni 1934): „Die schweren inneren Erschütterungen der baltischen Front müssen ein Ende nehmen, worauf ja in Eriar Dr. Steinacher so eindringlich hingewiesen hat. Erst Einheitsfront, dann Kampf um Weltanschauung.“

Jeder wirkliche Anhänger der deutschbaltischen Erneuerung wird dazu sagen: Nein, nein, tausendmal nein. Erst Kampf um die Weltanschauung, der mit unserem Siege enden muß. Die Einheitsfront muß sich aus diesem Kampf ergeben. Heute ist die deutsch-baltische Volks-

gemeinschaft noch nicht vorhanden, und es führt zu gar nichts, wenn man den Kopf in den Sand steckt, wie der Vogel Strauß. Aus einer Lage, die durch diese drastische Volksredensart gekennzeichnet wird, führt ein nur kurzer Weg in eine andere hinein, für die es gleichfalls eine nicht weniger anschauliche Wendung gibt: Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß. Auf das deutsch-baltische System und seine Führer kann dieses Bild schon längst Anwendung finden. Das hindert diese Kreise indessen nicht, mit der billigen Weisheit der vom Rathaus heimkehrenden Ratsherren die Politik der deutschbaltischen Erneuerungsbewegung der Kurzsichtigkeit zu zeihen.

Die unfruchtbare Kritik von Leuten, die selbst nie eine Tat gewagt haben, hat ihren Niederschlag in einem Artikel gefunden, den die „Leipziger Neueste Nachrichten“ (vom 16. Juli 1934) unter der Überschrift „Drama in Estland“ bringen. Verfasser ist der estländische R.-M.-Mitarbeiter des Leipziger Blattes, der aber über innerbaltische Fragen so „vortrefflich“ unterrichtet ist, daß er die lettlandische „Deutsch-Baltische Volksgemeinschaft“ als estländisches Gremium ansieht und die seinerzeit geschehene Wiederwahl ihres Vorsitzenden W. o. Nüßiger als Erfolg gegen die damals im Vormarsch begriffene nationalsozialistische Gruppe Estlands preist. Wie dem auch sei, jedenfalls bekundet der Verfasser des Artikels in seiner Kritik des politischen Verhaltens der estländischen Deutschen Erneuerungsbewegung eine Einstellung, wie sie nur im System der Volksgruppe zu Hause ist, und zwar dort, wo dieses System sich noch in Reinkultur erhalten, nichts vergessen und nichts zugelehrt hat. Die mannhafte Rede des Führers der baltischen Erneuerungsbewegung in Estland, von Zur Mühlen, im November vorigen Jahres, nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Deutsch-baltischen Partei und damit zum politischen Führer aller Deutschen Estlands, bezeichnet dieser ahnungslose Skribent als „voll des besten Willens, aber auch voll kindlicher politischer Ahnungslosigkeit“. Dabei ist in dieser Rede die Summe jeder deutschbaltischen Politik gezogen, die heute und morgen allein Geltung hat und stets haben wird. Zum erstenmal in der Geschichte des baltischen Deutschums ist von einem baltischen Führer dem estnischen Volk offen und ehrlich die Hand hingestreckt worden und zum erstenmal wurden die Prinzipien vor allem Volk verkündet und aufgestellt, die allein ein weiteres Dasein der Volksgruppe als Bestandteil der baltischen Heimat und als Gefährtin des estnischen Volkes, gleichzeitig aber auch als Glied der großen deutschen Kulturgemeinschaft gewährleisten können. Wenn die ausgestreckte Hand auch damals zurückgestoßen wurde und heute noch zurückgestoßen wird, wenn auch jeder sichtbare Erfolg dem Auftreten von Zur Mühlen und der politischen Feuertaufe seiner Bewegung bisher ver sagt blieb, diese Tat wird in der Zukunft, mag sie nahe sein oder aber vielleicht noch fern, sowohl für die engere deutschbaltische Politik, als auch für die Nationalitätenpolitik des estnischen Volkes wegweisend sein müssen. Heute wird noch die dargebotene Friedenshand übersehen — die Hand Deutschlands von der ganzen umgebenden Welt, die des baltischen Deutschums als seines getreuen Spiegelbildes von dem Partner in der engeren Heimat. Es soll und muß eine Zeit kommen, wo die andere Hand in die dargebotene eingeschlagen wird, hier und dort.

Abts.

Die masurische Flotte 1914.

Die kleine Festung Boyen bei Vöken, idyllisch zwischen die blauen Augen der masurischen Seen gebettet, hatte seit ihrer Erbauung keine so bösen Tage gesehen, wie die im August 1914. Die Russen waren wie wilde Horden über das Land gebrandet, hatten Dörfer und Städte verwüstet und in Brand gesteckt, Menschen verbrannt und getötet, und 14 Tage nach Kriegsbeginn hatte sich ein bewaffneter Ring um das kleine Werk gelegt.

Die schmale Landzunge zwischen dem Löwentin- und dem Mauersee konnte die Flüchtlinge nicht fassen, die aus den entferntesten Gegenden Ostpreußens hierher zusammengefloht waren. Sie vertrauten fest auf die Macht der Geschütze der kleinen Festung, und sie wußten, daß es keine vergebliche Hoffnung war.

Es waren arme Leute, die sich hier auf kleinem Raum zusammenfanden. Raum mehr als das nackte Leben hatten sie gerettet, als die Russen ihre Dörfer stürmten. Die bittere Not war ihre Begleiterin, als sie in der verlassenen Stadt Vöken landeten. Der Kommandant der von den Russen umgebenen Feste Boyen mußte sich ihrer im Verein mit der Oberin der Diakonissenschwestern annehmen. Die meisten konnten wieder in die Heimatorte zurückkehren, nachdem die Russengefahr beseitigt war, aber es fehlte an Mitteln, die unglücklichen Menschen auf die neue weite Reise zu schicken.

So sah es in der Feste Boyen und in ihrer Umgebung aus, als die Russen den Kommandanten zur Übergabe des eingeschlossenen Werkes auffordern ließen. In dem sehr großspurigen Schriftsatz des russischen Befehlshabers hieß es:

„Vöken ist schon von den Truppen der russischen kaiserlichen Armee ganz eingeschlossen. Unnützlich ist eine weitere Verteidigung der Festung. Mir ist befohlen, Sie zu beauftragen, die Festung freiwillig uns zu übergeben — damit kann man vermeiden unnützliche Verluste... Sie haben zu Ihrer Verfügung vier Stunden, um die unsere Bedingungen zu überlegen. Wenn Sie nicht wollen mit dieser Bedingung zufrieden sein, so wird man mit offener Kraft die Festung nehmen und in diesem Fall doch kein Stein auf Stein nicht gelassen wird.“

Von dem russischen Befehlshaber ein besseres Deutsch zu verlangen, wäre unbillig gewesen. Der plumpe Einschüchterungsversuch glückte nicht. Die Antwort des deutschen Kommandanten der Feste Boyen lautete deshalb:

„Ihre Aufforderung, die Feste zu übergeben, weise ich für mich und meine tapfere Besatzung als im höchsten Grade beleidigend zurück.“

Der Kommandant der Feste Boyen gez. Basse.

Die beste Verteidigung ist der Angriff. So dachte auch der Kommandant, und machte sich zunächst daran, seine Flotte in Marsch zu setzen. Denn so sonderbar es klingen mag, die Festung auf der Landzunge zwischen Löwentin- und Mauersee verfügte über eine richtige kleine Flotte. Es war sozusagen der jüngste Sproß der deutschen Marine und ihre Aufgabe war die Rekognoszierung der sich über 20 Kilometer erstreckenden Seenfläche und die Sicherung der Ufer. Ein tüchtiges Schiff war z. B. der Dampfer „Barbara“, von einer kampfesfrohen Besatzung geleitet und trefflich armiert.

Es war am Haupttage der großen Schlacht an den masurischen Seen, am 10. September, als die deutsche Umsfassung schon bis Soldap und Pillacken östlich von Angerburg durchgeführt war. Die Artillerie schmetterte in die russischen Baumschanzen und machte sie sturmreif. An diesem Tage sollte die „Barbara“ ihre Feuertaufe erleben. Voll- dampf voraus, durch das blaue Wasser pflügend, stellte die „Barbara“ die Verbindung zwischen der 36. Division und der schweren Artillerie des 20. Armeekorps her. Das tapfere Schiff wurde von dem östlichen Ufer her, wo die Russen noch saßen, kräftig beschossen. Aber unversehrt kehrte es spät in der Nacht in seinen Heimathafen bei Vöken zurück.

Die Besatzung schickte sich gerade an, zur Ruhe zu gehen, als der Donner der Geschütze lauter wurde. Über den Nachthimmel zuckte unaufhörlich das Feuerwerk der Abschüsse und der explodierenden Geschosse. Das Feuer unter dem Ressel durfte nicht ausgehen. Nach einer Stunde kam wieder das Kommando „Anker auf“ und die tapfere „Barbara“ stach in See. In der Dunkelheit wurde Kurs auf die Insel Upalten genommen.

Die „Barbara“ war diesmal Deckungsschiff für einen seltsamen Transport, der möglichst noch in der Nacht vollendet werden mußte. Es handelte sich um die Überführung einer Haubitzenbatterie aus der Feste Boyen nach der Insel. Sie sollte dort aufgestellt werden, um eine niederträchtig starke Batterie der Russen, in der Nähe der Ortschaft Thiergarten, am Nordrand des Mauersees, zum Schweigen zu bringen. Die Batterie selbst war zum Teil auf einem anderen Schiff der masurischen Flotte, auf dem Dampfer „Möwe“, untergebracht. Alle Geschütze fanden hier nicht Platz und so hatten die Pioniere einen mächtigen Prähm gezimmert.

Es war gewissermaßen ein kleines, schwimmendes Fort, das sich da auf den Weg machte, unter Führung der tüchtigen „Barbara“. Alles klappte. Bevor die ersten Sonnenstrahlen über das Wasser des Sees huschten, hatte die kleine Flotte vor der Insel Anker geworfen. Mit allen verfügbaren Kräften machte man sich daran, die Batterie ans Ufer zu schaffen. Das gelang so vortrefflich, daß bereits um 6 Uhr früh die ersten Granaten die Rohre verließen. Dann trat eine Ruhepause und eine Zeit des Abwartens ein, und gegen 10 Uhr erhielt die „Barbara“ selbst Befehl, vorzugehen und in den Kampf einzugreifen.

In hoher Fahrt ging es nach Norden zu. Die Seeufer wurden scharf beobachtet. Es zeigte sich nichts, als ein etwas sonderbares Gefährt, dessen Charakter sich aus der weiten Entfernung nicht so ohne weiteres feststellen ließ. Freund oder Feind? Schließlich wurde mit Ferngläsern ein Floß „ausgemacht“, auf dem sich zwei Leute befanden. Die „Barbara“ hielt sich schußbereit. Aber bald zeigte sich, daß man Freunde vor sich hatte. Es waren zwei Pioniere vom 26. Bataillon, die sich auf einer Erkundungsfahrt gegen die von den Russen besetzte Thiergarten Spitze befanden. Die beiden Abenteurer wurden an Bord genommen und nun machte sich die „Barbara“ weiter auf den Weg. Vom Feind ist zunächst nichts zu sehen. Der Wald liegt schweigend

in seiner Einsamkeit und auch die Gehöfte am Ufer, soweit man sie übersehen kann, scheinen vom Feinde nicht besetzt zu sein. Die „Barbara“ zieht nur 250 Meter vom Ufer entfernt ihren Weg, als plötzlich vom Lande aus mehrere Schüsse auf das Schiff abgegeben werden. In dem dichten Schilf, das das Nordende des Mauersees erfüllt, wird eine starke russische Patrouille gesichtet. Die „Barbara“ setzt sich in Feuerbereitschaft, ein Regnen mächt durch das Schilf. Ein Pionier auf der „Barbara“ sinkt getroffen zusammen. Das Geschütz wird gerichtet und unter dem „Hurra“ der Besatzung fliegt die erste Granate in den Feind ans Ufer. Das Bombardement wird stärker.

Schuß auf Schuß folgen auf den Uferabhang und auf ein Gehöft, in dem sich die Russen festgesetzt hatten. Es dauert nicht lange, dann sieht man sie Hals über Kopf die Gebäude verlassen. Die „Barbara“ hat ihre Arbeit getan. Sie nimmt ihre Aufklärungsarbeit wieder auf und fährt jeden Winkel am Mauer- und Bodmasee ab. Als man am Nachmittag in die Nähe des Dorfes Raehlen kommt, hat sich dort eine Kosakenpatrouille gerade gemütlich niedergelassen. Das Geschütz der „Barbara“ macht ganze Arbeit. Später kommt eine lange Wagenkolonne in Sicht, auch sie wird vom See aus unter Feuer genommen und rast über die Felder davon. Als das Schiff wieder nach der Batterieinsel zurückkommt, herrscht dort Hochstimmung und Siegesfreude. Ein russisches Korps ist umzingelt und zur Übergabe bereit. Die Haubitzenbatterie wird wieder an Bord genommen und die kleine masurische Flotte tritt ihren Rückmarsch nach der Feste Boyen an. Schiffe und Geschütze haben redlich gearbeitet. Die Besatzung hat sie festlich geschmückt. Die Nacht bricht herein, am Himmel leuchtet es noch, es ist die große Schlacht, die weiter nach Osten zieht. Begeistert klingt das Deutschlandlied durch die Nacht. Die Feste Boyen hielt Stand; sie feiert eben ihren 90. Geburtstag.

Der Schulkamerad des Ministers.

Ein Schulkamerad Romalskis war Minister geworden. Ein Jahr hatten sie in der Sexta nebeneinander auf einer Bank gegessen, und einmal hatte Romalski den Minister furchtbar verprügelt. Das war übrigens der einzige Triumph in seinem Leben gewesen. Nachher erlitt er nur lauter Niederlagen, von der Versetzungsprüfung in die Quinta angefangen, bei der er durchfiel und vom künftigen Minister überholt wurde.

Die Nachricht von der Ernennung regte Romalski auf. „Also solche Leute kommen hoch“, knurrte er erbittert und zuckte die Achseln.

Seit seiner Sextanerzeit hatte er zu seinem Schulkameraden keine Beziehungen mehr gehabt und ihn bald ganz aus den Augen verloren, aber ihm war der Eindruck, der Jahre überdauerte, geblieben, daß jener ein stumpfer, unintelligenter und noch dazu höchst ungeschickter Bursche war. Es war zwischen ihnen zur Rauferei gekommen, weil der andere ihm nicht hatte vorsehen wollen.

Romalski hatte kein Glück im Leben. Die Schule beendete er nicht und schlug sich in Privatstellungen als bescheidener Angestellter durch. Er hatte eine unleidliche Frau und drei kränkliche Kinder. Der ständige Kampf mit der Not des Lebens hatte ihn müde gemacht und früh altern lassen. Der Minister aber sah glänzend aus. Niemand hätte ihm dem Aussehen nach mehr als einige dreißig gegeben. Alle Zeitungen brachten natürlich sein Bild, und Romalski betrachtete gereizt das energische und gesunde Gesicht, in dem er trotz der Veränderungen, die die Jahre gebracht hatten, seinen früheren Schulkameraden sehr gut wiedererkannte.

„So ein Hornochse ist Minister geworden. Jetzt wird er sich aber die Taschen füllen“, wiederholte er mechanisch immer wieder, und ein immer größerer blinder Haß gegen den Minister erfaßte ihn. Zu Hause fing er beim Mittagessen plötzlich an, mit nervöser Gereiztheit zu erzählen, wie er ihn einst verprügelt habe.

„Er bekam von mir so eins in die Fresse, daß seine Nase blutete!“ Die Kinder sahen den Vater erstaunt, mit großen Augen an, bei seiner Frau aber fand die Erinnerung an diese Heldentat keine Anerkennung. „Du hast ja in allem Glück gehabt“, erwiderte sie bissig. „Das wird er dir sicher nicht vergessen haben.“

„Na, und was denn weiter?“ „Nun, ein anderer Mann würde sich, wenn er einen Minister zum Schulkameraden hätte, wenigstens das zunutze machen. Wir aber kommen im Elend um.“

„Einen solchen Dummkopf würde ich um nichts bitten“, entgegnete Romalski passig.

„Er würde dich hinauswerfen, wenn du mit einer Bitte zu ihm kämst. Und wie bist du nur auf den Gedanken gekommen, dich zu prügeln? Als Kind mußt du doch eben solch ein Trottel gewesen sein wie jetzt. Übrigens“, fügte Frau Romalska nach einer Weile hinzu, „ich glaube das alles nicht.“

„Ob du es glaubst oder nicht — er hat von mir eins in die Fresse bekommen“, höhnte Romalski und lachte laut auf.

Die Kinder glaubten dem Vater. Der achtjährige Kasimir fragte interessiert:

„Und hat seine Nase stark geblutet?“ „Sehr stark.“

Das Nasenbluten war Lüge, doch Romalski konnte jetzt die Sache nicht mehr gut zurücknehmen.

„Wenn das wahr wäre, dann sollte man dir die Nase verbläuen“, pläzte seine Frau wieder heraus. „Sich eine solche Bekanntschaft so zu verderben!“

„Aber Papa konnte doch in der Sexta nicht wissen, daß der andere

einmal Minister werden würde“, verteidigte die kleine Josephine ihren Vater.

„Aber Papa war immer blödl!“

„Du solltest doch in Gegenwart der Kinder keinen Krach machen“, brummte Romalski.

Er schwieg und sprach kein Wort mehr, bis das Essen zu Ende war. Eine dumpfe Empörung über das Leben ergriff ihn. Warum hat der eine Glück und der andere nicht? War er etwa weniger wert als so ein Minister? Er fing an, im Geiste sich alle von seinem Willen unabhängigen Mißerfolge im Leben zu überlegen, grub sie mit sadistischer Wollust aus dem Gedächtnis aus und stellte stets fest, daß er seit seiner Kindheit vom Unglück verfolgt worden war. Das versetzte ihn in eine solche Neroosität, daß, als er sich nach dem Essen auf dem Sofa zum gewohnten Nachmittagschlafchen ausstreckte, er keine fünf Minuten liegen konnte. Außer dem seelischen Schmerz reizten ihn die Hitze, der üble Geruch und der Lärm auf dem Hof, er hätte laut aufschreien mögen. Gegen fünf Uhr mußte er ausgehen. Er wollte im Café einen Bekannten treffen, um ihn zu bitten, ihm Geld zu leihen. Am nächsten Tage mußte er einen Wechsel bezahlen, und es fehlten ihm fünfzig Zloty. Auf seinen Bekannten im Rassehaus setzte er seine ganze Hoffnung. Er war Hausbesitzer, ein anständiger und gutmütiger Mann, der gewöhnlich bereit war, ihm Geld zu leihen. Doch das Unglück wollte, daß er nicht allein war. Romalski mußte den richtigen Augenblick abpassen. Er fing an, die sensationelle Geschichte vom Minister zu erzählen, der sein Schulkamerad gewesen war.

„Na, sehr schön“, erwiderte der Hausbesitzer. „Sie sollten zu ihm gehen. Wer weiß, ob er nicht etwas für Sie tun würde. Für alte Schulkameraden hat man immer etwas übrig.“

Romalski wurde rot. Seit einigen Stunden haßte er den Minister so sehr, daß der bloße Gedanke, er könne sich mit einer Bitte an ihn wenden, ihm als die größte Demütigung erschien. Sich an einen solchen Schurken wenden, dem es im Leben so gut gegangen war. Nein! Und selbst wenn er verhungern sollte — nein! Er lachte laut auf.

„Der würde nichts für mich tun!“

„Warum nicht?“

„Weil er von mir eins in die Fresse bekommen hat.“

„Von Ihnen?“

In den ehrlichen Augen des Hausbesitzers blitzte es schelmisch auf. Es kam ihm offenbar komisch vor, daß Romalski jemand eins in die Fresse haben konnte. Das machte Romalski wütend. Für einen Trottel also hielten sie ihn alle.

„Jawohl, von mir“, wiederholte er herausfordernd.

„Wann denn?“

„Als wir in die Schule gingen, in der Sexta!“

Der Hausbesitzer und der neben ihm sitzende ältere Herr brachen in Gelächter aus.

„Worüber lachen Sie, meine Herren?“ stieß Romalski heraus, der fühlte, daß es ihm vor den Augen schwarz wurde.

„Vielleicht waren Sie in der Schule so kampflustig“, entgegnete der Hausbesitzer amüsiert, „jetzt würden Sie gewiß niemand verprügeln.“

„Ich würde niemand verprügeln!“

„Sie sehen nicht so aus.“

Romalski sprang auf, versetzte dem Hausbesitzer aus voller Kraft einen Schlag ins Gesicht und begann, die auf dem Tisch stehenden Gläser mit Klirren und Krachen kurz und klein zu schlagen.

Włodzimierz Perzyski.

(Aus dem Polnischen von Dr. Wilhelm Christiani, Berlin.)

Aus der Geschichte der evangelischen Kirche in Bromberg.

Bei der Besitznahme des Netzebezirks durch Friedrich den Großen im Jahre 1772 befanden sich in Bromberg neben 600 katholischen nur zwei lutherische Familien. „Im Umkreise von 4 bis 5 Meilen von Bromberg“, schreibt Sechner in seiner Geschichte des evangelischen Kirchspiels Bromberg (Bromberg 1837), „existierte keine evangelische Kirche und kein geistliches Amt dieser Konfession, so daß nur zuweilen, etwa alle halbe Jahre ein Geistlicher aus Pobsens oder Chorn erschien, um den Evangelischen in Bromberg und in den evangelischen Kolonistendörfern der Umgegend das heilige Abendmahl zu spenden und andere Amtshandlungen zu verrichten.“ Der große König ließ zur Kultivierung des Landstrichs nicht nur den Bromberger Kanal herstellen und zahlreiche Ansiedler herbeiziehen, sondern sorgte auch notdürftig für die geistlichen Bedürfnisse der letzteren, indem er durch eine Rabinettssorder von 5. Oktober 1772 anordnete, „daß man in dem neu gewonnenen Distrikte vorläufig vier Scheunen zum Gottesdienst optiere, auch vier Prediger und vier Schulmeister anstelle.“ Als Wohnsitze wurden den vier lutherischen Geistlichen die Städte, Bromberg, Margonin, Bantsburg und Zempelburg angewiesen. Der Bromberger wurde dem „Inspektor“ (Superintendenten) in Chorn unterstellt. Der Umfang seiner Gemeinde (Parochie) ist heute nicht mehr genau festzustellen; jedenfalls gehörten dazu die Evangelischen in Bromberg, Gorden, Schulitz, Labischin mit den sie umringenden ländlichen Ortschaften. Ihre Seelenzahl kann nicht bedeutend gewesen sein, hat sich aber durch Ansiedler bald stark vermehrt. Labischin und Umgegend konnte schon 1782 als eigene Pfarrgemeinde abgezweigt werden. Der erste Geistliche Brombergs, Gebhardi, hielt seine „Anzugspredigt“ am 2. Osterfeiertag 1773, nahm aber, „um ruhiger und bequemer zu logieren“, seine Wohnung im Dorfe Pangenau, wo sich ein altes hölzernes Bethaus befand, und blieb daselbst ein Jahr lang bei einem Bauer „im Sommer auf einem Speicher, im Winter in einer Kammer“, worauf er nach Bromberg zog. Der Gottesdienst wurde anfangs in einem Salzschuppen abgehalten, für welchen man erst 1774 einige Bänke anschaffte. „Es wurden zu diesem Zwecke 15 zum Kanalbau unbrauchbare Bretter erbeten und auch bewilligt“ (Sechner). Von 1776 bis 1787 fand der Gottesdienst im Boderraum des alten Rathauses auf dem Markte statt. Dies Gebäude befand sich aber in einem derartigen Zustande, daß, am 18. Juli 1784, einem Sonntage, ein verfaulter Balken herabstürzte, zum Glück noch ehe die Gemeinde versammelt war. Am 1. Advent 1786 fielen während des Gottesdienstes Steine herab, wiederum zum Glück auf eine von Menschen nicht besetzte Stelle. Das höchst schadhafte Dach bot keinen Schutz gegen Schnee und Regen; die Kleider der Andächtigen wurden davon benetzt, Altar und Kanzel von Schneewasser übergoßen,

und wenn bei plötzlich eintretendem Frost das Wasser zu Eis wurde, glitten die Leute darauf aus. Aus den unteren Räumen drang Rauch heraus und erfüllte das gottesdienstliche Lokal. Die von außen heraufführende Treppe drohte einzustürzen, und unter derselben war ein stinkender Schmutzwinkel. Gebhardi bat daher 1784 um die Erlaubnis, Taufen und Ertränkungen in den Häusern verrichten zu dürfen, ward aber von der Behörde damit abgewiesen. Allerdings wurde in demselben Jahr auf Staatskosten eine Kirche mit 600 Sitzplätzen in der ehemaligen Wallstraße zu bauen begonnen, aber sie konnte erst am 21. Januar 1787 eingeweiht werden und hatte weder Orgel noch Glocken. Die Orgel wurde 1788 beschafft und 3 Jahre lang von einem „invaliden Trompeter“ gespielt, die Glocken 1794. In den übrigen Ortschaften des ausgedehnten Bezirks wurden die Gottesdienste, die Beerdigungen und der Konfirmandenunterricht da, wo von früher her Vet- oder Schulhäuser waren, von Schullehrern gehalten. Zu Abendmahlsfeiern bereiste der Geistliche von Zeit zu Zeit den Sprengel; Taufen und Ertränkungen wurden meist von katholischen Geistlichen verrichtet. Seit dem Kirchbau wirkte neben Gebhardi der Rektor Hellmann 10 Jahre lang als „Nachmittagsprediger“. Nach Gebhardis Tode 1807 wurde während der Zeit, als Bromberg zum Herzogtum Warschau gehörte, ein kleines protestantisches Konsistorium unter dem Voritz des Pfarrers Leunert errichtet, das aber 1815 wieder einging. Bei der Neuordnung der preussischen Provinzialbehörden im Jahre 1816 wurde der erste Geistliche — damals Freymark — zum Konsistorialrat und Mitglied der Bromberger Regierung ernannt, und diese Würde ist mit der ersten Pfarrstelle bis 1877 verbunden geblieben. Die alte Kirche hatte während der Franzosenzeit 1½ Jahre lang als Scouragemagazin dienen müssen. „Die Bänke wurden von feindlichen Soldaten hinausgeworfen, die Emporen mit Getreideauffschüttungen belastet und die Orgelpfeifen als Abfuhrrohre des Hafers gebraucht. Es mußte in einem gegenüberliegenden Saale Gottesdienst abgehalten werden“ (Sechner). „Am 27. März 1808 war die Kirche notdürftig wieder hergestellt, aber ohne daß man für die erforderlichen Bänke gesorgt hatte. Nach 1815 mußte der Kirchenoorstand wegen seiner Saumseligkeit getadelt werden“ (Sechner). In dieser alten Kirche — 1830 wurde sie wegen vermeintlicher Vorfälligkeit auf drei Jahre polizeilich geschlossen — hielten die Evangelischen Brombergs ausschließlich ihre Gottesdienste ab, bis 1878 die schöne und geräumige Paulskirche auf dem heutigen Freiheitsplatz (früher Weltzienplatz) unter sehr erheblicher Beihilfe des Staates erbaut wurde. Leider wurde das alte ehrwürdige Gotteshaus später abgerissen, an seiner Stelle steht heute die Markthalle.

Buchbesprechungen.

Reden und Aufsätze zur Geschichte und Politik. Von Prof. Dr. Johannes Haller, Stuttgart, Cotta, 5,20 RM.

Der aus alt-baltischem Stamm entsprossene Tübinger Historiker vereinigt in diesem Band eine Anzahl bedeutsamer Ausführungen, die er in Form von Reden oder Aufsätzen in den letzten Jahrzehnten gemacht hat. Sie beschäftigen sich namentlich mit der Reformation, dem Weltkrieg, „Tod und Auferstehung der deutschen Nation“ (1919) und geben ein Bekenntnis zu Adolf Hitler als dem Erben, Fortsetzer und Vollender des Bismarckschen Werkes. Uns als Ostdeutsche fesseln darüber hinaus besonders seine Betrachtungen über das Deutschum in Rußland und in den baltischen Ländern. Außerdem möchten wir auch auf den einleitenden Aufsatz „Der Eintritt der Germanen in die Geschichte“ verweisen, der über die Formen germanischer Siedlung im europäischen Raum und über die geistige und politische Art des Frühgermanentums wesentliche Aufschlüsse und manche Änderung bisheriger Auffassungen bringt. Klar arbeitet H. die Grundzüge germanischer Art heraus und zeigt, wie der Germane sich in ihnen bis heute treu geblieben ist, in seiner Stärke, Lebensenergie und faustischen Kraft. Dr. L.

Kultur und Macht. Von Jakob Burckhardt. Band 2 der „Deutschen Schriften“ des Verlags Alfred Protte, Potsdam. — Die Anschauungen des großen Kulturhistorikers des 19. Jahrhunderts heute auf sich wirken zu lassen und in ihrer oft hellstigen Aktualität zu überprüfen, ist von besonderem Reiz. In einer Zeit, die scheinbar so sicher da stand und jedenfalls in Masse und Führenden sehr satt war, empfindet er das dumpfe Rollen eines künftigen Gewitters. Was wird werden? Er sieht nur das Proletariat, das einst in furchtbarer Revolution die gewordene Kultur zerstören wird. Ja, so wäre es bei uns und im ganzen Abendland gekommen, wenn nicht der Nationalsozialismus eine völlig neue Form des politischen Lebens und das praktische Ziel einer Volksgemeinschaft gefunden hätte, dadurch die Aufspaltungen der liberalistischen Epoche überwindend, deren Kind Burckhardt ist. Interessant ist unter vielem anderen seine Charakteristik der „Größe“, die ihm ein Mysterium der Geschichte ist. Wenn wir seine Worte auf wahres Führertum (wie wir es in Adolf Hitler erleben) anwenden, so finden wir: Einzigkeit, Unerschlichkeit, weiter eine über den gewöhnlichen Normen stehende geistige

und sittliche Kraft und ein Tun, das sich auf die Allgemeinheit (Volk, Kultur) richtet. — Hier ist es als ob B. unsern Führer vorausahnt und sein Wesen der Größe charakterisiert. Dr. L.

Johannes Linke: „Ein Jahr rollt übers Gebirg“, Roman. „Der Baum“, Gedichte. Leipzig, L. Staackmann. Preis gebd. 5,80 bzw. 4,50 RM.

Ein Dichter, des mitteldeutschen Kolonialgebiets, volk-, heimat- und naturverbunden, schenkt hier seine ersten Bücher. Johannes Linke ist heute schon als Mitarbeiter der nationalsozialistischen Presse bekannt. Seine Art ist es, die Dinge an sich zu geben, ohne jede Tendenz, wesentlich durch sich selber. Wie ein Jahr, von Herbst zu Herbst, übers Gebirg (die Grenze nach Böhmen) läuft und das Dorf als Ganzes anpackt, in Freude und Wüten schicksalshafter Gemeinschaft, oder wie der Baum — als Leben, als Wald, als Truhe, Wiege, Sarg oder Fahnenmast — ein Stück Schicksal, Kraft, Göttlichkeit an sich und dabei mit allem Menschentum aufs engste verschwistert ist, das bietet der Dichter in seiner mitreißenden Prosa, feinen in Schlichtheit und Plastik packenden Versen. Wir grüßen herzlich diesen Baum- und Bauerndichter ostdeutscher Erde. Dr. L.

Friedrich der Einzige. Von Dr. Franz Lüdtke. Verlag Friedrich Brandstetter, Leipzig. 1934. 15 Seiten, kart. 0,30 RM. — Dieses kleine Heft, das in der Reihe „Deutsche Männer. Schriften zur deutschen Geschichte und Kultur“ erschienen ist, gibt in knappen Zügen ein Lebens- und Charakterbild des großen Königs. Mit wenigen Strichen sind vor allem die Tage und Ereignisse gezeichnet, die Friedrich als Menschen und Herrscher zu der einsamen Größe heranreifen ließen, auf der er als erster Diener des Staates zum Vollender der preussischen Wesensart wurde. Dr. R.

Ostmärterin,
gebildet, stattlich, ausgemas 50.
alleinstehend, möchte ebensolchem
Manne eine treue Lebenskameradin sein. Aussteuer vorhanden
Offerten unter 3143 an
das „Ostland“ erbeten.

**Deine Ferien
nur in der
Ostmark!**